

Die „Welt“ kostet
erstellt innerhalb von 6 Tagen
und ist durch die
Expedition eines Gruppenmitglieds
und durch Kollegen zu bezahlen.
Preis vierfach 100 Pf. 2.50,
pro Woche 20 Pf. 50.
Durch die Welt bezogen 200 Pf. 50.
frei ins Haus Mit. 2.00.
bei keiner Post am Ort. 2.00.
bei keiner Post am Ort. 2.00.

Telephon
Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Einzelton abgegeben, beträgt
für die einzelne Zeitung 20 Pf.
Kundmehrung Mindestens 40 Pf.
Durchsage unter Zeit 100 Pf.
Anträge für Arbeitsmarkt 15 Pf.
Kundmehrung 15 Pf.
Vereins-Versammlungskosten
15 Pfennige.
Anträge, für die nächste Nummer
müssen bis Samstag über in der
Redaktion abgegeben werden.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 163

Breslau, Donnerstag, den 16. Juli 1914.

25. Jahrgang.

Der Friede geschlossen.

Der Vorschlag der Einigungskommission mit 3007 gegen 406 Stimmen angenommen.

Am Dienstag fanden, wie schon gestern kurz berichtet, die Verhandlungen mit den Vertretern der Linke-Hofmann-Werke nach einer fast fünfstündigen Sitzung ihren Abschluß. Man einigte sich auf einen Vertrag, der zwar nicht alle Wünsche der Arbeiter erfüllt, aber immerhin für sie annehmbar ist. Wenn man die schroffe Absehung bedenkt, bei ihnen am Anfang des Kampfes von der Fabrikleitung zweitourig wurde, dann ist der Erfolg sogar recht hoch zu bewerten. Es wurden für den Wiedereintritt der ausständigen bezw. infolge des Ausschlusses entlassenen Arbeitnehmern die nachstehenden Bedingungen vereinbart:

1. Die Direktion erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, die mittleren Durchschnittsverdienste der einzelnen Arbeitnehmer-Mitarbeiter, wie sie bisher bestanden haben, zu verringern.

Es werden Veränderungen an den im Werk geltenden Maorden nur vorgenommen, wenn sie durch Vereinfachungen, technische und betriebstechnische Verbesserungen oder Massenarbeit begründet sind. Bei Massenarbeit wird die Mindestsitzzeit, für die der Auftrag gilt, angegeben.

Bei Allordnungsbesetzungen, bei denen sich bei fleißiger und sachgemäßer Arbeit herausstellen sollte, daß mit der Festschaltung eine Karte verbunden ist, soll auf Antrag der beteiligten Arbeitnehmer eine Abzahlung und gegebenenfalls eine Erhöhung stattfinden.

2.

Die Direktion wird weder eine Entlastung des Komitees noch eine Agitation in den Werkstätten ganz gleich für welche Organisationen, dulden. Eine Bevorzugung oder Benachteiligung der Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit wird nach wie vor nicht stattfinden.

3.

Die Einstellung erfolgt für Mitglieder der Betriebskranenkasse ohne ärztliche Untersuchung.

Es soll versucht werden, jeden Arbeitnehmer wieder auf seinen von ihm verlassenen Platz zu bringen, soweit es die Betriebsverhältnisse und die Rücksicht auf die zurzeit im Werk arbeitenden Leute zulassen.

Fremde Arbeiter werden bis zum 15. September 1914 nicht eingestellt, ehe nicht die ausgeschiedenen,

die den betreffenden Platz besetzen können, berücksichtigt worden sind. Die Einstellung der entzogenen Arbeitnehmer, die bis zum Tage des Friedenschlusses von den Linke-Hofmann-Werken einberufen sind, wird dadurch nicht berührt.

Bei der Wiedereinstellung werden die ältesten und verheirateten Arbeitnehmer möglichst zuerst berücksichtigt. Maßregelungen werden nicht stattfinden.

4.

Den wieder eingestellten Arbeitnehmern sollen nach einer Frist von einem Jahre, sofern sie während dieser Zeit zu Störungen im Betriebe keine Veranlassung gegeben haben, auf ihren Antrag für die von den Linke-Hofmann-Werken zu gewährenden Vergütungen die früher im Werk abgebrachten Jahre in Berechnung gebracht werden. Diese Anrechnung tritt im Falle einer Insolvenz infolge eines Betriebsunfalls, sowie bei Todessfall eines Arbeiters sofort ein.

Die im § 9 des Status der Unterstübungsfeste angegebene Kündigungszeit von 3 Monaten fällt für die Frauen der Wiedereinstellten fort.

5.

Die am 22. Mai 1912 für die Elektriker getroffenen Bestimmungen bleiben bestehen.

Soweit die Dieselmotorarbeit schlechtere Verdienste gewährt, soll ein Ausgleich durch besser bezahlte Arbeit möglichst herbeigeführt werden.

Alle sonstigen Erklärungen, die in den Verhandlungen während der diesjährigen Bewegung abgegeben sind, werden durch vorstehende Verclarungen ersetzt.

Die Zusagen in den Punkten 2 und 4 werden von Seiten der Direktion nur dann aufrechterhalten, sofern die Arbeiterschaft die Punkte 3, 4 und 5 unverändert annimmt.

Der Tag, an dem die Wiedereinstellung der Arbeitnehmer beginnen kann, und die Art und Weise, wie sie zu erfolgen hat, stehen besonderen Bestimmungen der Direktion vorbehalten.

Die unterzeichnete Kommission nimmt die vorstehenden Bedingungen an und verpflichtet sich, sowohl in der 21er Kommission als auch in den Berufsvorversammlungen diese voll zu vertreten und zur Annahme zu empfehlen.

gez.: M. Böhl, F. Kornicki, A. Schneider, P. Grüning, Rob. Anders, W. Scholz, A. Ruppel, R. Staats, G. Schels, A. Kalper, M. Jacob.

gez.: Weber, Eichberg, Martin, Hinnenthal, Hönsch.

Gestern Mittwoch Nachmittag beschäftigte sich eine Sitzung der Vertreter aus dem Ausgesperrten mit dem Vertragsentwurf. Die Aussprache war den neuen Bedingungen nur günstig. Bei der Abstimmung stimmten nur ein Vertreter gegen die Annahme der Vereinbarung. Mehr als 200 waren dafür. Auch die Versammlungen der Ausgesperrten äußerten sich weit überwiegend für die Annahme der neuen Abmachungen. Obwohl wurden auch Stimmen laut, denen die Hypothek der Firma nicht weit genug gingen. Aber auch sie kamen sich schließlich zum weitesten größten Teil davon überzeugen, daß dieser Abschluß des Kampfes ehrlich genug für die Arbeiter sei. Die Abstimmung, die augenblicklich im Gange ist, wird ohne Zweifel eine ähnliche Meinung für den Friedenschluß ergeben. Ihr Ergebnis wird an anderer Stelle unseres Blattes noch mitgeteilt. Nebenfalls kann der Friede als endgültig geschlossen gelten.

So hat die musterhafte Solidarität der Arbeiter ruhmvoll einen Kampf bestanden, den man zu den schillerndsten Rechten kann, die je auf wirtschaftlichem Gebiete in Deutschland geschildert wurden. Und geschlossen wie selten haben sie sich geschlagen. Sehr wenige sind von der Fähre gewichen, um schou durch die Fabriktore zu schleichen. Ebenso einsichtig werden sie jetzt wieder die Arbeit aufzunehmen. Jetzt weiß die Weltstellung, woran sie ist, und sicher wird in Zukunft der Friede nicht mehr so leichtfertig gespielt werden. Das wäre sehr wünschenswert und unbedingt notwendig zur nützlichen Zusammenarbeit und zum ferneren Heilwesen des Unternehmens. Die Ausgesperrten aber können mit Recht sagen, daß sie allen deutschen Arbeitern gezeigt haben, wie man kämpfen muß. Auch der verbissene Feind muss zugeben, daß sie sich mehr als musterhaft benommen haben, trotz aller Herausforderungen. Sie sind eben aufgestiegen, verständige Arbeiter, die wissen, was sie wollen. Doch darüber noch ein Wort, wenn auch die letzten Formuläten des Friedens geschlossen sind.

Wenn die Pforte der gewohnten Arbeitssättte hinter den tapferen Kämpfern sich wieder schließt, wird sich noch Gelegenheit zu manchem lehrreichen Rückblick bieten.

Politische Übersicht.

Wie die Finanzreform aussehen soll.

Auch die „Welt“ vertritt jetzt die Meinung, daß es im Reiche ohne die Erschließung reichlich liegenden neuer Einnahmequellen nicht abgehe, zumal da nach ihrer Überzeugung dem Begriff der allgemeinen Wehrpflicht noch eine weitere Ausdehnung gegeben werden muß, als bisher.

Außerdem 200 Millionen Mark zur Deckung des Ausfalls bei dem Wehrbeitrag erharren noch eine Reihe notwendiger Mehrausgaben im Reiche der Deckung. Veteranenbeihilfe, Alterspensionäre, Beamtenbedolbungserhöhungen sind sowohl von den Regierungen wie vom Reichstag als dringliche Bedürfnisse anerkannt. Für diese Ausgaben wird daher gleichfalls Deckung beschafft werden müssen. Selbst wenn, was doch nachgerade mehr als zweifelhaft erscheint, die auswärtige Lage uns noch länger den Augus gestalten sollte, einen beträchtlichen Haft auf unserer Dienstauglichen Jugend vom Heeresdienst freizulassen. Wird es daher doch der Erschließung reichlich liegender neuer Einnahmequellen im Reiche bedürfen.

Am meisten aber kommt es dem freikonservativen Blatt darauf an, daß ernste Erwägungen veranstaltet werden, ob nicht nach den Vorgängen von 1913 eine sachgemäße Korrektur der bestehenden Reichsteuern vorzunehmen und insbesondere die richtige Abgrenzung zwischen den Steuergebieten des Reichs und der Bundesstaaten herzustellen sein würde. Eine sachgemäße Korrektur der bestehenden Reichsteuern, das heißt auf deutsch eine Wiederabschaffung der Vermögenszuwachssteuer, gegen die ja gerade in der freikonservativen Presse in den letzten Wochen eine lebhafte Agitation entsfaltet worden ist, und Abgrenzung zwischen den Steuergebieten bedeutet: direkte Steuern für die Bundesstaaten, Belastung des Massenverbrauchs im Reiche.

Das Kind beim Namen nennt übrigens Herr v. Seibig im „Tag“. Er verstiegt sich zu der Behauptung, es sei vaterländische Pflicht, sich der Wahrheit nicht zu verschließen, daß die Vermögenszuwachssteuer nicht nur steuerlich ein sehr viel schwererer Mißgriff als selbst die Wertzuwachssteuer sei, sondern auch ein Krebschaden für die ganze Struktur des Reiches zu werden drohe.

Ihr bei der nächsten geeigneten Gelegenheit das Schicksal der Vermögenszuwachssteuer zu bereiten, wäre daher nichts als die einfache Konsequenz aus der Reichsfinanzreform von 1913. Es wird also zweckmäßig die Vorbereitung im Reichsschahamt auch darauf zu erstreben sein, daß, wenn der Reichstag die Überzeugung von der Notwendigkeit der Verabschaffung der

Vermögenszuwachssteuer gewinnt, diese Maßnahme finanziell möglich ist. Dabei wird der Reichsschahamt auf die latenternde Wirkung des Finanzministers rechnen dürfen. Denn Preußens staatliche Selbständigkeit ist unserer Demokratie ja ein Dorn im Auge, und gegen sie wird in erster Linie mit der Überspannung der Zuständigkeit des Reiches auf dem Gebiete der Besteuerung gearbeitet werden.

Damit wird auch der Berufung Röhns in das preußische Staatsministerium eine Deutung gegeben, die von den Befürchtungen der Konservativen sehr wesentlich abweicht, aber nach aller Wahrscheinlichkeit das Richtige trifft.

„Ich hau Dir die Knochen windelweich!“

In Groß-Dresden im Kreise Labiau-Wehau verließ ein Verteilungsbüro der Liberalen Wahlflugblätter in Arbeitersfamilien. Da schrieb plötzlich, wie die „Darlungsche Zeitung“ mitteilt, der Oberinspektor, ein Herr Ellinger, hinter dem Boten her: „Nehmen Sie den Dreck und machen Sie, daß Sie fortkommen!“ Als dem Herrn Oberinspektor bedeutet wurde, daß es sich nicht um „Dreck“, sondern um Flugblätter handelt, geriet er in rasende Wut: „Du Kast! Du Krötl! Du Schweinehund! Mach, daß Du wegkommen, sonst hau ich Dir die Knochen windelweich!“ Schert Euch zu Guern Bürgermeister Wagner und teilt hier keine Flugblätter aus!“ Diese und ähnliche Liebesfragen entfuhren fauchend dem Gehege der Zähne des konservativen Oberinspektors, während er mit erhobenem Knüttel unter Beistand von zwei Jagdhunden auf den Flugblattverteiler eintrang. Unter andauernder Geschimpfung und Bedrohung, er werde dem Boten den Schädel einschlagen usw., verfolgte er ihn bis auf die Chaussee und gab ihm mit der Faust einen derben Stoß vor die Brust. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben und man wird das Urteil vergleichen können mit denen, die wegen vieler Verstüppungen von Streikbrechern geahndet werden.

Im übrigen kennzeichnen solche Zwischenfälle den Ton, in dem man auf dem Lande mit Arbeitern verkehrt.

Kriegsministerium und Militärkabinett.

Der für das Kriegsministerium hergestellte Neubau in der Victoriastraße in Berlin ist bekanntlich vom Reichstag dem Reichsschahamt übertragen worden mit dem Auftrage, das Grundstück möglichst gut zu verwerten. Mit überwältigender Mehrheit hatte der Reichstag zum Ausdruck gebracht, daß dieses Gebäude auf keinen Fall dem Militärkabinett zur Verfügung gestellt werden dürfe. Die Angelegenheit schlägt nun in ein neues Stadium getreten zu sein.

In bürgerlichen Blättern sind Notizen aufgetaucht, wonach sich die Unwohner der dortigen Gegend über die „Rüne“, die geeignet ist, das ganze Bild zu verschönern, beschwert haben. Angeblich besteht auch das Völzepräsidium darauf, daß der Bau verputzt und verlaust werden soll. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß das Kriegsministerium trotz allem auf seinem Plan beharrte, das Militärkabinett doch noch dort unterzubringen. Dem Reichstag soll nämlich eine Vorlage zugehen, die einen Neubau für das Militärkabinett fordert und man hofft, daß der Reichstag dann doch noch nachgeben und das Gebäude in der Victoriastraße zur Verfügung stellen wird.

Es mag richtig sein, daß der Neubau in der Victoriastraße nicht gerade einen ästhetischen Anblick bietet; ihn fertiggestellt liegt aber auch kein Anlaß vor, solange man nicht weiß, welchen Zweck das Gebäude künftig dienen soll. Viel einfacher wäre es, man würde das Gebäude einfach abtragen. Der Wert der dortigen Dienstsäle beruht nicht etwa in den Gebäuden, sondern in den Grundstücken. Die Gebäude stehen zum Wert der Gründstücke in einem ganz minimalen Verhältnis. Wenn eine offenbar von oben herab beeinflußte Korrespondenz nun mitteilt, daß dem Reiche in jedem Monat eine Summe von rund 17 000 Mk. verloren gehe, so wäre es immer noch billiger, das Gebäude zu befeiteln. Wir glauben nicht, daß der Reichstag nachträglich doch noch umfallen wird. Dazu haben sich die Parteien denn doch zu sehr festgelegt.

Wenn Herr von Falckenay ein neues Gebäude für das Militärkabinett will, dann wird er erst die Notwendigkeit eines solchen Neubaues nachweisen müssen. Das schicke Gebäude in der Vahrenstraße genügt noch auf Jahre hinaus, wenn man dem Chef des Militärkabinetts, General von Lützow, die Wohnung nimmt, die er in dem Gebäude inne hat. Die Übergabe des Kriegsministeriums, daß der General Anspruch auf eine Wohnung habe, steht auf recht schwachen Füßen. Eine Dienstwohnung kann aber auch nur dann zur Verfügung gestellt werden, wenn eine solche vorhanden ist. Werden in diesem Falle die Wohnräume des Generals zu Bureauzwecken benutzt, dann erhält der General eine Wohnungseinrichtung von jährlich 15 333 Mark, eine Summe, für die man in Berlin seit einer Wohnung bekommen kann, die würdig ist, einem preußischen General zum Aufenthalt zu dienen. Das Militärkabinett ist in seiner heutigen Form eine verfassungswidrige Einrichtung und der Reichstag darf unter keinen Umständen seine Hand dazu bieten, daß das Militärkabinett auch nach außen hin eine Stellung einnnehmen kann, die seinen überragenden Einfluß so deutlich zum Ausdruck bringt.

„Warum ich mich nicht gestellt habe.“

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der „Figaro“ ein Schreiben des Karikaturisten Walky, in dem dieser unter anderem schreibt: „Ich weiß, ich habe versprochen, nicht zu ziehen, ich bin loyal in Leipzig erschienen im Vertrauen, dort möchte ich zu finden. In der Prozeßverhandlung sah ich ab, daß ich in einen Hinterhalt gefallen war. Vom Ober-

rechtsanwalt bin ich wie der gemalste Apache beschimpft worden, und die Richter fanden wieder in meinem Album noch in meinem Leben den geringsten mißverstehenden Umstand. Der Kampf war zu ungleich. Ich habe vielleicht zum letzten Male Elsaß-Lothringen gesehen, trotzdem ich den Deutschen eine Summe zugeschoben, die etwas mehr als mein Vermögen ausmacht. Aber ich bin frei und will französisch werden, wie es meine Eltern waren.

Welch Furcht, wie er schreibt, als geistige und körperliche Ruine aus dem Gefängnis zu kommen.

Kostewirtschaft in einer Kreiskrankenkasse.

Das Schwurgericht in Halle a. S. verurteilte nach fünfjähriger Verhandlung den Kreisausschüsseleiter Karl Friedrich aus Bitterfeld wegen Amtsmissbrauchshärtung zu drei Jahren Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen.

Der umfangreiche Prozeß bildete eine treffende Kennzeichnung des wunderbaren preußischen Verwaltungssystems. Dem Angeklagten, der seit 1900 im Kreisausschubkabinett in Bitterfeld beschäftigt war, lag die Verwaltung der Kreiskrankenkasse und der Landwirtschaftlichen Sektionskasse ob. Durch eine umfangreiche Beweisaufnahme, zu der etwa 70 Zeugen und Sachverständige aufgeboten waren, wurde festgestellt, daß der Angeklagte spätestens vom Jahre 1895 an fortgesetzte größere Geldbezüge aus der ihm unterstauten Kreiskrankenkasse unterschlagen und für seine noblen Passationen verwendet habe. Im Jahre 1910 wurde durch eine unvermutete Revision festgestellt, daß der Sechzehn bereits 46.300 Mark Kassengelder in seine Taschen hatte verschwinden lassen. Davon waren nach und nach rund 25.000 Mark mit Genehmigung des Landrats vom Reservefonds abgehoben und erst am Jahresende in Einnahme und Ausgabe als „Vorschuß“ gebucht. Ein nach längeren Bogen eingeleitetes Strafverfahren wurde wegen „Mangels an Beweisen“ eingestellt und erst wieder eingeleitet, als der Gauverwalter die Freiheit besaß, gegen den Kassier eine Bußfahrt auf Zurückzahlung von 29.000 Mark anzustrengen. Der Angeklagte gab zu, daß eine völlig ungenuine Kontrolle geübt wurde, daß Belege über tausende von Mark für ein halbes Jahr nicht gedacht, ja, daß Belege ohne jede Buchung eins und ausgingen. Einmal wurden für 19.000 Mark Belege ungebucht vorgefunden. Die „Revisionen“ wurden in der Weise vorgenommen, daß der Herr Aendant einem Hilfsarbeiter oder Unterkämtern des Landratsamtes die Belege vorlas, der dann die eingetragenen Kolonnen im Journal nachrechnete. Der Aendant ließ sich nur den festgestellten Geldbetrag vorzeigen. Das Vertrauen des Landrats ging so weit, daß er den Kassenbetrüger zuerst für den Nachmittag, später gar schon von früh bis spät vom Bureau dienst, der ihm nicht behagte, freistellte. Was der Landrat liebhabt in der freien Zeit trieb, ist klar; denn es wurde wiederholt festgestellt, daß er im politischen Leben streng national war und sich mit Eifer an der Wahlstation beteiligte. Seine von ihm bei der Reichstagswahl ausgearbeiteten Flugblätter haben, wie ausdrücklich festgestellt wurde, den ungeübten Besuch aller in Betracht kommenden Kreise und speziell den des Landrats gefunden. Aber noch aus einem anderen Grunde war der Landrat dem konserватiven Wahlmacher sehr zugänglich. Er erklärte: „Ich war Reservestoffräger und nicht Jurist und wurde von Friedrich in der ersten Zeit meines Amtstätigkeits in die Geschäfte eingeführt.“ Kann es eine bessere Satire auf die vierjährige preußische Landwirtschaftlichkeit geben, als die Tatsache, daß der Sohn eines armen Schusters, der nur die gewöhnliche Volksschulbildung genossen hat, als Lehrmeister eines sonst so selbstverständlichen preußischen Landrats auffiel. Weiter kam noch zur Sprache, daß der Angeklagte einen Konzessionshandel getrieben haben müßte; denn ein Gauführer bestätigte sich bitter, daß er dem Herrn Sekretär für Beförderung einer Konzession mehrere hundert Mark habe zahlen müssen. Der Landrat, Freiherr v. Bodenhausen, hatte angeordnet, daß vorläufig nichts an die Festlichkeit komme. Das von den Sachverständigen über die Geschäftsführung in der Kasse gefallene Urteil war geradezu vernichtend. In einem Buche wurden allein in einem Jahre 88 Fälle nachgewiesen, in denen Bahnen in teils ganz plumper Weise gesäßt waren. Die vereideten Bücherrevisoren befunden übereinstimmend, die Geschäftsführung sei eine derart traurige und lästige gewesen, wie sie ihnen vorgekommen sei. Ein anderer erklärte gar, er sei geradezu erstaunt gewesen, als er die Bücher sah. Einiges Detektivisches sei ihm in seiner 40-jährigen Amtstätigkeit überhaupt noch nicht vorgekommen.

Die Kasse befand sich nicht unter „sozialdemokratischer Leitung“, verehrte „Schlesische Zeitung“. Diese Kasse befand sich nicht unter „sozialdemokratischer Leitung“, verehrte „Schlesische Zeitung“.

In Sommerarbeit auf dem Rittergut.

Von Heinrich Sosel.

(Rathaus verboten.)

Unheimlich schnell ist die Frühstückspause vergangen. Dann geht's wieder hinaus. In der Küche ziehen wir unsere noch nassen Kleidungsstücke wieder an. Das nassezeug löst den Körper erschauern. In den Schuhen spülert das Wasser bei jedem Tritte. So geh's hinaus!

Die Scheune ist etwa 500 Meter vom Hause entfernt. Grau und schwer hängen die Wölfe am Himmel und unaufhaltsam rieselt der Regen. Mich fröstelt. Schneller schreite ich aus, um eher unter das schwüle Dach der Scheune zu kommen. Auch die anderen heulen sich.

In der Scheune sind noch einige Fuhren Stroh, das heraus soll, um Platz für das einzufüllende Getreide zu haben. Zwei Knechte führen es mit den Pferden nach dem Hause. Die Frauen stellen sich in einer Reihe auf und werfen mit die Strohbündle zu, bis ich dann auf den Wagen hämmerte. Bei jeder Bewegung legen sich die nassen Kleider an den Leib, kalt wie Eis. Durch die offenen Tore segt der Wind herein und jagt den Regen bis auf die Zunge.

Endlich habe ich mich warm gearbeitet. Die Strohbündle wiegen 25 bis 40 Pfund und kommt einem auf der Schulter noch schwerer vor. Bald weiß ich nicht mehr, ob's noch der Regen über der Schweiz, vor dem mein Hand noch ist. Aber ich friere nicht mehr und bin froh beschafft.

Ein Wagen nach dem anderen rollt hinaus, voll Stroh geladen, ohne daß man sieht, daß das Stroh in der Scheune weniger wird. Es füllt hat es sich gelagert. Einweilen sind wir mit dem Aufladen fertig, ehe noch der andere Wagen vom Gürtel kommt. Dann legen wir uns ins Stroh. Den Weibern ist die Zeit z. lang, und in kurzen Zwischenrufen fragen sie mich, wie spät es sei.

Wir strecken die müden Arme und freuen uns der Ruhepause. Doch nicht lange. Bald hören wir den Wagen klappern und die Räder der Pferdebox, und wenige Augenblicke später ist der leere Wagen wieder da. Dann geht's weiter. So, nun kann's losgehn, sagt der Kutscher, wenn wir einen Augenblick ablegen.

Der Vogt kommt ab und zu mal nachsehen. Mit einem Schwung ist er über die Barriere hinweg und hat im nächsten Augenblick eins von den Rücken gepackt, und für irgend ein angebliches Vergehen wirft er es ins Stroh, zwisch und knickt es, daß es laut schreit. Dann geht er wieder, woher er ge-

Kaiserliche Beschäftigung.

Wilhelm II. hat, wie die Fachzeitschrift „Der Weißmann“ mitteilt, nach dem jetzt vorliegenden offiziellen Bericht des königlichen Holländamtes im Jahre 1918 in gesamt 4008 Stück Wild erlegt, darunter u. a. 89 Rothirsche, 34 Damwild, 64 große Sauen, 1 Dammler, 17 Hasen, 411 Kaninchen, 3185 Fasane, 79 Rebhühner, 1 Birkenhuhn, 11 Füchse, 1 Mufflonbock. Im ganzen hat der Kaiser bisher 73.398 Stück Wild zu dieser Strecke gebracht, und zwar: 2186 Rothirsche, 92 Rotfüller, 1848 Damwild, 99 Dammler, 3252 große Sauen, 318 geringe Sauen, 665 Rebhühner, 18.023 Hasen, 3178 Kaninchen, 121 Gemse, 180 Füchse, 8 Bären, 12 Elchschäuler, 6 Wölfe, 3 Renntiere, 8 Mufflonböcke, 6 Dachse, 1 Marder, 103 Amerikahähne, 25 Birkenhühne, 8 Bronzeputzer, 2 Perlhühner, 44.800 Fasane, 868 Rebhühner, 95 Gräuse, 8 Schneevögel, 8 Bestassinen, 170 Enten, 828 Reiher und Kormorane, 1 Recht, 1 Wal und 529 verschiedene niedere Tiere, für die eine genaue Statistik allerdings bis jetzt noch fehlt.

Wie das Abschieten dieser Tiere in Massen vor sich geht, ist oft genug geschildert worden.

Ein Geheimerlaß an die preußischen Polizeipräsidialen.

Am Dienstag nahmen die Mitglieder des Vereins der Braueren Berlin, des Verbandes der Geschauführer, des Bundes des Saal- und Konzertsalzhändler, der Gastwirteinnungen und zahlreicher anderer Interessenvertretungen zu der in Berlin angesiedelten Verstärkung der Polizeistunde Stellung. Der vorliegende Straß führte aus, daß es sich nicht um eine offizielle Polizeiverordnung, sondern um einen Geheimerlaß an die Polizeipräsidialen handele. Der Erlaß sei eine Folge der im Petrenhaus gehaltenen Sitzungsversammlungen, die den Minister v. Voebell veranlaßt haben, die Polizeiverwaltungen aufzufordern, sich über den Einfluß der längeren Polizeistunde auf die Sittlichkeit zu äußern. Die Versammlung stimmte einer Eingabe an den Minister des Innern und an die übrigen maßgebenden Stellen zu, in der gebeten wird, von der Verkürzung der Polizeistunde in Berlin abzusehen, da das den vollständigen Ruhm zahlreicher schwerkämpfender Gewerbetreibenden bedeuten würde.

Etwas Polizeiliches.

Es dürfte nicht uninteressant sein, einen Überblick über die Zahl der Schuhleute in einigen deutschen Großstädten zu geben. An erster Stelle steht der Polizeidirekt Berlin mit 341 Einwohnern auf einen Beamten. In Schöneberg kommen auf einen Schuhmann 604, in Wilmersdorf sogar nur 519 Einwohner. Nun folgt Bremen, hier entfallen auf einen Schuhmann 513 Einwohner, dann Dresden (923 Einwohner auf einen Sicherheitsbeamten). Über 600, aber weniger als 700 Einwohner trifft in folgenden Städten auf einen Beamten: Frankfurt a. M., Lübeck, Altona, Würzburg, Danzig, Wiesbaden, Köln a. Rh., Bochum, Bremen und Königsberg in Pr. Das ungefähr gleiche Verhältnis zwischen Einwohnerzahl und Zahl der Schuhleute wie in Charlottenburg herrsche in Kiel, Leipzig, Stuttgart und Stettin. Wenig als 700 aber noch nicht 1000 Einwohner kamen u. a. in folgenden Städten auf einen Schuhmann: Karlsruhe, Erfurt, Neuköln, Düsseldorf, Duisburg, Essen. Gerling war die Zahl der Sicherheitsbeamten gegenüber der Einwohnerzahl in Dortmund, Chemnitz, Nürnberg, Mühlheim a. Ruhr, Plauen, Braunschweig.

Eine ganz ungewöhnlich hohe Zahl von Beamten im Verhältnis zur Einwohnerzahl hat Magdeburg; hier genießt die Einwohnerschaft — wenn man d. nach gehen kann — eines ganz besonderen großen Schutzes, denn schon auf 101 Einwohner kommt ein Sicherheitsbeamter. In Spandau, Bromberg, Frankfurt a. O., Brandenburg, Solingen entfielen erst auf 1800 bis 1500 Einwohner ein Beamter.

Die Wahl in Ladislaw-Wehlau.

Heute Donnerstag findet im Wahlkreis Ladislaw-Wehlau die Reichstagswahl für den verstorbene konserватiven Abgeordneten von Massow statt. Im Jahre 1912 erhielten in der Hauptwahl von Massow (cons.) 8835, Wagner (wp.) 5350 und Linde (soc.) 2981 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann von Massow mit 9104 Stimmen über Wagner, der 8694 Stimmen erhielt. Als Kandidaten für die Wahlauswahl sind aufgestellt von den konservativen Landtagsabgeordneten Amtsrat Schewe (Kleinhorst-Tapiaw), von den fortschrittlichen Bürgermeister Wagner (Tapiaw) und von den Sozialdemokraten Parteisekretär Linde (Königsberg).

Zum böigen Spionagesfall wird gemeldet, daß der bei der Festungボーゲン verhaftete angeblich russische Stabsoffizier ein preußischer Major war, der bei dem Kommandanten der Festung auf Besuch weilete.

Königreich Wilhelm hat wieder einmal an einen nationalen Schriftsteller telegraphiert. Diesmal ist der glückliche Vorleser der Oberstleutnant a. D. Hermann Kröbenius, der unter dem Titel „Des deutschen Reiches Schicksalsstunde“ eine Broschüre verfaßt hat, die in folgenden Sätzen alpist:

Der angeschlagene Nachdruck ist Frankreich gegen das Deutsche Reich, der entschämte Haß Russland gegen das seinen Besitzungen entgegenstehende Österreich-Ungarn haben beide Länder zu einer Steigerung ihrer Kriegsvorbereitung getrieben, die sich nur auf Kurze Raste aufrecht erhalten läßt. Tatsächlich ist diese Vorbereitung bereits von einer Kriegsbereitschaft jetzt schon nicht wesentlich zu unterscheiden, und im Frühjahr 1915 wird die vollständig erreicht sein, daß man jeden Tag des Einmarsches so gewaltiger Heere gewißlich sehn muß, wie sie auf Europa, wie sie auf der Erde Boden noch niemals gesehen worden sind. Und dann wird des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten Schicksalsstunde schlagen.

Der Thronfolger nennt die Broschüre ausgezeichnet und wünscht ihr im deutschen Volke die weiteste Verbreitung.

Der bayerische Kriegsminister gegen den Tabakraus. In einem Erlass hat das bayerische Kriegsministerium die ihr untergeordneten Stellen angewiesen, den Bedarf von Zigaretten für alle Wirtschaftsbetriebe des bayerischen Heeres ausschließlich bei trustfreien Zigarettenfirmen zu beziehen. In dem Erlass wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich das Kriegsministerium keineswegs in volliger Lieberneinstimmung mit den Ministerien des Auswärtigen und des königlichen Hauses befindet.

Ferner hat der bayerische Kriegsminister nach dem Muster Preußens einen Erlass gegen das Schützengeldernissen im Heere herausgegeben. Die Militärpersönlichkeiten werden darauf hingewiesen, daß sie sich der Besteckung nach § 140 des Militärstrafrechtsbüchens schuldig machen, wenn sie für eine Handlung, die eine Verleihung einer Dienstpflicht enthalt, Geschenke oder andere Vorteile annehmen.

Die Bürgermeisterwahl in Gabern. Der wieder gewählte Bürgermeister von Gabern hat die Annahme seiner Wahl der Gemeindevertretung angezeigt. Die Bestätigung Andorfers durch die Regierung wird bereits von der mit Regierungskreis zusammengeschlossenen Deutschen Presse des Reichslandes als eine „Bürgerzeitung“, verbreitet gleichfalls mit der Nichtbestätigung Andorfers als neuen Bereich für den antisemitischen Regierungskreis. So wird man die Elsäßer schon „verjöhnen“!

Kein sozialdemokratischer Bürgermeister. Aus der bürgerlichen Presse stammt die Nachricht, daß in Ludwigsstadt (Frankenwald) der sozialdemokratische Bürgermeister und Bierwirt Meyer zum Bürgermeister gewählt worden sei. Herr Meyer läßt nun in der bürgerlichen Presse berichten, daß er niemals zur sozialdemokratischen Partei gehört oder sich in diesem Sinne bestätigt habe.

Die Niederschläger. Eine Ausschaffung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ bestätigt in vollem Umfang das, was von sozialdemokratischer Seite über den struppeligen Schindlupf gezeigt worden ist, den die Fortschritter im Coburger Wahlkampf mit der Niederschläger Stiftung getrieben haben. Es heißt da:

„Wir fürchten, daß die Coburger Bauern, die daraus hin gutgläubig ihre Stimmen für Herrn Arnold abgegeben haben, eine der größten Enttäuschungen ihres Lebens zu verzweifeln haben werden. Dann aber wird es für die nationalliberalen Partei an der Zeit sein, die wahre Bedeutung der Niederschläger Stiftung und ihrer missröhrenden Nutzung vor aller Welt klarzustellen und den Wahlkampf auf denjenigen politischen Boden zurückzuschicken, auf dem allein er gehört. Von dem Wahlkampf, der sich in den Julitagen des Jahres 1914 im Herzogtum Coburg abgespielt hat, kann man mit den Worten Talbots sagen: „Ißtun, du hast gesiegt.“

Es wird den Fortschritten recht schmerzlich sein, eine solche Kritik gerade aus dem Munde ihrer nationalliberalen Freunde zu hören, aber ihre Verachtung werden sie nicht bestreiten können.

Wieder eine Verhaftung an der russischen Grenze. In der russischen Grenzstadt Dobrzin wurde der Oberlehrer Dr. Nagel, der am Gymnasium in Anklam angestellt ist, verhaftet. Er befand sich auf einer Reise durch die westpreußischen Ansiedelungsbezirke. Bei dieser Gelegenheit ist er, wie angenommen wird, von der deutschen Stadt Golub nach der gegenüberliegenden russischen Stadt Dobrzin hinübergegangen, um dort westpreußische Studien zu treiben. Die regierungsfreundlichen Blätter bezeichnen den Verhafteten als absolut einwandfrei; es könnte sich bei ihm keinesfalls um Spionage handeln, da hier übrigens nichts zu spionieren gibt. Der Landrat des Kreises Briesen in Westpreußen hat sich bereits an die russische Behörde um Freilassung des Verhafteten gewandt, jedoch bisher ohne Erfolg. Auch die Vermittlung des Auswärtigen Amtes ist angerufen worden...

Kommunaler Wohnungsbau. Sechs Millionen Mark stellt die Essener Stadtverwaltung aus Mitteln der Städtischen Sparkasse zur Befreiung der Wohnungsnötigen zur Verfügung. In

kommen ist, ist aber bald wieder da und wiederholt dasselbe Manöver. Er sucht sich immer die drallen und schönen unter den Mädchern heraus.

Und die Knechte, die das sehen, machen es ebenso, wenn der Vogt oder der Inspektor nicht in der Nähe ist. Und die Mädels müssen gute Miene zum bösen Spieße machen. Wenn nicht alle haben Gefallen daran, sich von den „Schlöß“ (Kerlen), wie sie sie nennen, bestimmen zu lassen. Eine von ihnen singt an zu weinen, als sie einer von den einheimischen Knechten ins Stroh warf und unglücklich erfaßte.

Mittag! Endlich! Ich gehe nicht nach der Kaserne, sondern esse im Wirtshaus. Das Essen ist gut und reichlich und kostet 70 Pfennig; dazu ein Glas Bier, das ich weniger wegen des Preises, als wegen des Wirtes trinke: Stamm 80 Pfennig. Und 2,20 Mark verdiente ich pro Tag!

Nach der Befrei zogen wir hinaus, alle, die die Kaserne beherbergte. Die Luft war rein und regenfeucht. Ein warmer Dienstag siegte bei der Erde auf, und die Sonne gab sich Mühe, meinen noch nassen Rock vollständig zu trocknen.

Sch war wieder oben auf und guter Dinge. Was doch mit ist ein böigen Spionenheim macht! Auf dem Gartenseite befindet unsre Arbeit darin, die Reihen entlang zu geben, die umgefallenen Gärten wieder aufzustellen und die durch den Regen ausserangebrachten Ungeheuren aufzuflockern, damit die Luft besser hindurch kommt.

Sei aber Mann keinen auf einer Reihe entlang. Welt wie geht Februar, der Moskauer. Ob ich auch beim Militär gewesen sei, fragt er mir noch einer Weile.

Rein. Er sei fünf Jahre dabei gewesen. Bei der Kavallerie. Und den Krieg gegen die Japaner habe er von Anfang an mit dem Kavallerie an. Stolz zeigte er mir die Karabiner und auf der linken Hand und auf der rechten Seite über dem linken Ärmel. Es müssen beträchtliche Summen gewesen sein, den Karabiner nach. Und während wir die Reihen abschreiten, hier eine Sorgte anrichten, dort die Mandeln austrocknen, ergabt er mir von den Freuden des Krieges und den Strapazen, die sie damals durchzumachen hatten. Im freien Felde, bei Regen, Schnee und Schnee machen sie komplett. Und mit Gemütsruhe erzählte er, daß sie täglich zwei Pfund Fleisch bekommen haben.

Reben was, an der nächsten Reihe, gehen zwei Reben. Es sind Sibirische, deren Körner auf dem Gute als Knechte arbeiten. Sie unterhalten sich von ihrem Haushalt. Für eine Woche mache ich zwei Mittagsmahlzeiten, spricht die eine zur anderen, und sie legt genau daneben, wie sie dieses Kunststück fertig bringt.

Dann kommen sie auf ihre Schnecke zu sprechen. Wie sie sich herausgemacht haben, wie sie fressen und was sie für drei-

zu bekommen hoffen, wenn die Tiere gesund bleiben. Dann werden die schlechten Erfahrungen, die sie in früheren Jahren mit den Tieren gemacht haben, eingehend besprochen. Das Misslingen ihrer Wünsche bedeutet für sie, daß sie das ganze Jahr hindurch kein Glück auf den Rücken bekommen.

Die andre Frau fragt über den schlechten Zustand ihrer Wohnung. Vom Alten sei Ihnen im Februar, ehe sie hierher zogen, versprochen worden, die Wohnung solle instand gestellt werden. Aber bis jetzt ist noch nichts daran gemacht worden. Nicht einmal der Ofen sei in Ordnung. Sie müsse die Spülse auf Spülitus bereiten und die Kartoffeln für das Schwein bei der Nachbarin kochen.

Unwillkürlich muß ich an die Versprechungen des Administrators denken, die er mir gemacht hatte, und an die Worte des Justizamtes am Sonntag: Verne Tu erst mal den Alten richtig kennen!

Nun sind wir schon dreimal das Feld entlang auf und ab gegangen. Noch einmal und wir sind fertig. Dann wird uns der Feierabend. Die Sonne neigt sich schon am Himmel und der Wind geht kühler über die Stoppeln.

„Na, wie gefällt Ihnen die Landarbeit. Wo ist's denn besser, hier oder in der Fabrik?“ so fragt mich am Abend, als wir heimgehen, der Vorschriften.

Worte. Dir will ich keinen Wein einschenken, dachte ich und antwortete: „Die Arbeit auf dem Lande gefällt mir besser

Pelsterwitz

Sonntag, d. 19. Juli, nachm. 4 Uhr:
Kombinierte Versammlung

Um 5½ Uhr: [4017]
Versammlung der Volksfürsorge

Relevant Herr Schölk, Breslau.
Bei dem Gastspiel soll
ein vünftliches Erleben geben.

Schauspielhaus
(Operettenbühne.) Tel. 2545

Heute Donnerstag 8 Uhr zum 1. Male:
"Die Tango-Prinzessin"
von Jean Gilbert.

Freitag und die folgenden Tage:
"Die Tango-Prinzessin."

Viktoria-Theater
3928 Gastespiel

Folies Caprice
Berlin.

Manöverschwindel.

Misgeburt | Lothar Turner
Anfang 8 Uhr. Kino gültig.

Radrennbahn Grüneiche. Training

zum
Schneidersmann & Honschka-

Erinnerungssennen

Freitag, den 17. Juli,
Sonnabend, den 18. Juli,
ab nachmittag 5 Uhr.

Entree 19 Pf. Mitglieder frei.

20 Pf. gr. Schränke, versch. Gr.
v. 5 Pf. Kommod., Bettst., Bettst.
Wandst., ganz Einrichtungen zu 80.
50, 20 Pf. zu verkaufen.

4019 Friedliche Strasse 58a, v.

Bfänder-Auktion.

27. Juli bis Nr. 26.600, Unterstrasse 29.

Sozialdemokratischer Verein Breslau

Distrikt 3, Gräbschener Vorstadt.

Sonntag, den 19. Juli, im Saal u. Garten von Nowotnicki
in Opern:

Grosses Sommerfest

Konzert, Tanz u. großartige Belustigungen aller Art.

Freitänzen für Männer, Breslau für Damen, Angelbude, Gesellschaftsspiele

für Kinder u. Kompon-Umzug. Kinder erhalten an der Kasse einen Sammelkarten gratis.

Eintritt pro Person 20 Pf.

Samstag mittags 2 Uhr von der Endstation der Elektrischen an den Gräbschener
Höhen.

Karten sind bei den Funktionären zu haben.

Bei ungünstigen Wetter findet das Fest 1 Woche später statt.

4010

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Sonntag, den 19. Juli 1914, nachm. von 3 Uhr ab:

Grosses Sommer-Fest

im Saal und Garten des Gewerkschaftshauses.

Jedes Kind erhält ein Geschenk.

Überraschung für Jung und Alt.

Kinderspiele unter Leitung von tüchtigen Spielleiterinnen.

Ballwerfen, Stangenklettern, Preisschiessen, Würfelstand usw.

Von Nachmittag 3 Uhr ab: Garten-Konzert und Tanz-Belustigung.

Eintritt pro Person 15 Pf.

4007 Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Die 10 Gebote u. die besitzenden Klassen

von Hoffmann — 50 Pf.

Zu beziehen durch die Expedition

4011

Achsen Sie bitte genau auf unsere Firma.

4011

Nur feinste blutfrische Ware

erhalten, d. d. dass wir Dienstag und Freitag mittags meistens

ausverkauft haben.

Aus Donnerstag und Freitag eintreffenden Zuschriften:

ff. Goldbarsch

ff. Schellfisch 1-2 pfündig

ff. Austernfisch im Schnitt

ff. Seelachs "

ff. Bratfisch

ff. Cabilian im Schnitt Pfund

ff. Schellfisch im Schnitt Pfund

ff. Küstenhecht Pfund

ff. engl. Büchlinge 2 Stück nur

ff. gr. Schellfisch, Blundern, Goldbarsch, Lachsspringe,

unfere ff. ger. Male Stück von 20 Pf. auf

weitere Stücke 10 Pf. wünsch.

4009

Anderer, 18 Pf. Kinderwagen

Sternwagen, Sternwagen, soll neu, 26 Pf.

verkauft Sternstraße 40, Hausherr.

4009

Arbeitsmarkt

4009

Deutschland, 50 Pf., Abzahlung 5 Pf.

Woche 1 Mr. Telegraphenstr. 5, Bart.

3971

Deutschland, bunter Kleiderkant zu

suchen gesucht, Scholz, Leibnizstraße 50, IV.

4005

Arbeitsmarkt

4009

Arbeitsmarkt

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. Juli.

Das Ergebnis einer Umfrage.

In den 24 monatlichen Distrikts-Versammlungen (abends) des Sozialdemokratischen Vereins Breslau, die am Montag stattfinden, wurde auch die Frage erörtert, ob Neuwahl des Vorstands und der Kommission des Vereins vorgenommen werden sollen. 14 Distrikte haben der Parteileitung das Ergebnis der Abstimmung mitgeteilt. Sie waren sämtlich gegen die Vornahme von Neuwahlen. Allgemein vertrat man den Standpunkt, daß die ordnungsmäßig, von den Vertretern vorgenommenen Wahlen in der Generalversammlung im April, auf ein Jahr zu gelten haben. Den endgültigen Entscheid über diese Frage wird die Generalversammlung am Donnerstag fassen.

Die General-Versammlung

des Sozialdemokratischen Vereins Breslau, die Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses abgehalten wird, soll von den Genossen und Genossinnen nicht vergessen werden.

Dennoch ersuchen wir die wettlichen Mitglieder dieses Vereins, sich auf den Besuch des Frauen-Abends vorzubereiten, der am Montag, den 20. Juli, abends 8½ Uhr, in sieben Lokalen stattfindet.

Fürstende Bäume.

In der "Deutschen Tageszeitung" lesen wir folgenden sehr interessanten Artikel:

Die Straßenbäume sind echte Großstadtkinder. Mühsam werden sie aufgepäppelt und gepflegt. Die geerbten Aesthetiker sind sich zwar nicht ganz einig über die Berechtigung des Baumes in der Straße, aber dem Bürger sind solche Doctorstragen ganz gleichgültig. Er sieht die Bäume mit ihrem blühenden Blüten und würde höchst aufmuntert, wenn man sie aus ästhetischen Gründen ihm etwa streitig machen wollte. Darum nimmt er auch freundlichsten Anteil an ihrem Ergehen. Im übrigen führt man fort, immer weitere Straßenzüge mit Baumreihen zu bepflanzen.

Viele Mühe und Arbeit und sehr viel Geld werden auf diese Anpflanzungen verwendet, aber sie tragen auch ihr Teil dazu bei, daß das Straßebild nicht nur dem Einwohner liebarmachen, sondern auch den Fremden recht angenehm zu gestalten, die das immer wieder laut anerkennen.

Vielseitige Bäume sind für die Straßenbäume im Hochsommer, wenn die Sonne glühend auf die Steinplatten brennt und der asphaltierte Straßendamm und die Häusermauern die Glut widerstreichen. Dann lassen die Bäume schnell matt ihre Blätter hängen; sie altern vorzeitig, und wenn draußen in der freien Natur die Blätter wohlgenährt an den Zweigen hängen, fallen sie hier schon ab. Die Bewässerung durch die Straßeneintrichter kann nur das allernötigste leisten; in der heißen Zeit auch das nicht einmal, und nur zu schnell verdampft das Wasser und die Verdunstung durch die Blätter geht rasch vor sich.

Im vorigen Sommer haben Natursfreunde angefangen, die Straßenbäume vor ihren Häusern zu begießen. Es wäre schön, wenn das nicht nur von einer vorübergehenden Stimmung abhinge, sondern wenn man im Hochsommer ganz allgemein der dürstenden Bäume gedächte, wie man im Winter die hungrigen Vögel speist. Es kann jedoch nicht ernstlich genug darüber gewarnt werden, etwa schwüle oder starke Wässer zum Gießen zu verwenden. Das kann für diese empfindlichen Großstadtkinder, die ja ohnehin nicht viel auf der Mühle haben, unter Umständen den Tod bedeuten. Man sollte stets nur gutes Wasser verwenden. Wenn sich die Einwohner nur ein wenig mehr um die Straßenbäume kümmern wollten, die sie doch nicht missen möchten, so würden die Baumreihen einen noch besseren Eindruck machen.

Schüler-Ferienwanderungen.

Hatte ein kalter Wind die erste Ferienwanderung für Schüler begleitet, so meinte es gestern Nachmittag bei dem zweiten Versuch die Sonne etwas gar zu gut. In tropischer Glut brannte sie auf die Kinderfotograf nieder, die sich gegen 1 Uhr im Gewerkschaftshaus versammelten, und die Wanderleiter des "Vereins der Naturfreunde" entschlossen sich, auch für den Hinweg bis Wilhelshafen den großen Dampfer zu benutzen, der um 2 Uhr von der Promenade abfährt. Das war zwar ein tiefer Griff in die Tasche — denn nicht weniger als 343 Knaben und Mädchen wiesen sich als teilnahmeberechtigt aus — aber es war ein sehr wohlgetaner Schritt uns daß er bei den Kindern Freude auslöste, läßt sich denken. Mit fröhlichem Gesang zog das Schiff dahin, um eine Stunde später in Wilhelshafen sich seiner Last zu entledigen. Nun ging es in ununterbrochener Marsche über die Oberwiezen, durch die etwas schattigere Straßengänge, an Pariser vorüber bis nach Stetne, wo alles für die Aufnahme des langen Auges vorbereitet war. Soweit Stühle und Bänke nicht reichten, bot der Platz reiche Ruhestelle und an frischem Wasser gebrach es zum Glück nicht. Gegen Abend stellte sich auch der große Wirtshof wieder ein und nach einem "Appell" erhob sich jeder Teilnehmer seine letzte Wegzeichnung. Das die Reise in der Höhe bedeutend anstrengender gewesen war, zeigte die Anspruchnahme des Samariters, der seine werktätige Hilfe 26 Mal zu tun werden lassen konnte, zum Glück jedoch nur in leichter Fällen von Unwohlsein, Nafendolmen usw. Die Institution der Arbeitsamtskinder aber erwies sich hier, wie inzwischen schon in so vielen Fällen, als überaus wohltuend und die Opferwilligkeit ihrer Mitglieder verdient alles Lob. Der beschwerliche Marsch brachte es auch mit sich, daß die Rückkehr nicht mit dem Dampfer erfolgen konnte, der in Rüssicht genommen war, weshalb die Kinder eine Stunde später zu Hause eintrafen, als beabsichtigt. Hoffentlich haben sich die Eltern um die Ausbleibenden nicht allzu sehr gesorgt. Falls die große Höhe anhält, dürfen die nächsten Wanderungen erheblich verzögert werden, um die Kinder, die auch gestern von der Fahrt wieder sehr bestreift waren und mit lautem Jubel zurückkamen, nicht zu sehr anstrengen.

Am Freitag um 6½ Uhr sollen zunächst Karten nur an diejenigen 80 Kinder ausgegeben werden, die am letzten Sonnabend keine erhalten haben, ferner an solche, die noch keine der Touren mitgemacht haben. Die Eltern werden gebeten, nur diese Kinder am Freitag zu schicken. Alle anderen müssen den Weg umsonst machen, sie sind erst Sonnabend um 6 Uhr an der Reihe. Erwünscht ist ein Ausweis über die Organisation der Eltern, ferner keine Kinder unter 10 Jahren, da die Mutter für kleinere zu anstrengend sind.

Eine komische Oper

in zwei Akten gelangt am kommenden Dienstag, den 21. Juli, im Saale des Gewerkschaftshauses durch die Theater-Gesellschaft des Dr. Poensgen-Alberth zur Aufführung. Sie heißt "Die Magd als Herrin" und bildet den Abschluß des "Münzen Abends", der an diesen Tagen stattfindet und außer der Oper ein Phantasiebild von Ludwig Fulda "Der Traum des Glücklichen" und Wildenbruchs "Hexenlied" bringt. Ferner kommen Frühlingslieder, Arien und Lieder zur Laute durch Fr. Käte Paffrath, Herrn Ludwig Christ und Herrn Oswald Dussek, sowie Klavierkonzerte von Herrn Siegfried Blumann zum Vortrag.

Zum Eintritt für diesen Abend berechtigende Programme sind im Parteisekretariat, Margaretenstraße 17, Zimmer 88, im Zigarrengeschäft des "Gewerkschaftshauses", in den Zigarrenhandlungen von Zihe, Humboldtstraße 3, Berndt, Leutestraße 53, Jannas, Hubenstraße 82, Reichelt, Matthiasstraße 140, in der Expedition der "Volkswacht", Neue Grauenstraße 7 und an der Abendkasse zu haben. Sie kosten nur 30 Pfennige.

Zur Wieder-Konstituierung

anderes Bildungsausschusses.

Ein Freund unseres Platzes schreibt uns:

Die Breslauer Arbeiterkraft hatte einen sehr ehrlichen Bildungsausschuß, der durch seine Arbeiten und Veranstaltungen sehr viel zum kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse beigetragen hatte. Wie oft hatte es die Wertheite unterrichtet, unsere Bildungsarbeit durch Strafanträge und andere kleinliche Mittel zu hemmen. Doch verhinderte sie das gewünschte Resultat nicht zu erreichen. Schließlich ließ die Bildungsausschuß ein politischer Verein sein und man forderte seinen Vorsitzenden auf Statuten einzutreten, die gar nicht existierten; sowie die Adressen der Vorstandsmitglieder anzugeben, die ebenfalls nicht vorhanden waren. Die legale Gewerkschafts-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau hatte nun die Wiederwahl des Bildungsausschusses ausgesetzt und den Vereinsvorstand beauftragt die Bildungsarbeit vorübergehend in die Hand zu nehmen. Heute ist aber wiederum der Zeitpunkt gekommen, wo die Wiederwahl des Bildungsausschusses erfolgen kann. Sie soll in der Generalversammlung am Donnerstag vorgenommen werden. Dazu veranlaßt uns ein Erkenntnisurteil des Oberlandesgerichts in Breslau, welches am 16. Juni 1914 gegenüber dem Strafgericht Arbeiter-Bildungsausschuß gefällt worden ist. Auch dieser Ausschuß hatte man zu einem politischen Verein gestempelt und seine Bestrafung war von der Staatsanwaltschaft bis zur höchsten Instanz gefordert worden. Nach zweimaliger Verhandlung vor dem Oberlandesgericht erkannte dieses auf Verweisung der Richter der Staatsanwaltschaft und somit auf Entsprechung des Gelassen-Daubenhäler in Striegau.

Zu dem Urteil steht es:

"Das Berufungsgericht hat festgestellt, daß der Arbeiter-Bildungsausschuß in Striegau eines der beschleideten ausführenden Organe des dortigen Gewerkschaftsgerichts ist, daß ihm lediglich die Vorbereitung und Durchführung der wenigen alljährlich zeitens des Karnevals veranstalteten Vergnügungen obliegt, daß innerhalb des Ausschusses selten seiner Mitglieder kleinere Leistungen zu leisten waren, daß keine schriftlich abgefaßten Satzungen oder auch nur mündliche Anweisungen bestanden, auch kein Vertragstext und keine Bibliothek vorhanden waren; es steht weiter fest, daß der Ausschuß in verbindungsrechtlicher Hinsicht von dem Kartell vollständig abhängig war, indem das Kartell zur Deckung der durch die Vorbereitung der Vergnügungen entstehenden Kosten einen bestimmten Geldbetrag leistete und seine Entschließung stets eingeholt wurde, wenn es sich herausstellte, daß höhere Kosten auftauchten waren; auch sind Fehlentgelte, welche sich nach der Abhaltung der Vergnügungen heraussetzten, stets durch das Kartell gedeckt worden. Wenn hieraus das Berufungsgericht festgestellt, daß von einem eigenen, selbständigen Vereinsleben innerhalb des Ausschusses nicht gesprochen werden könne, so ist dagegen rechtlich nichts einzutwenden. Dies ist aber das wesentliche Merkmal für den Rechtsbegriff des Vereins. Die Tatsache, daß innerhalb des Ausschusses, wie festgestellt, eine gewisse Organisation bestanden hat, ist demgegenüber ohne Bedeutung. Die Organisation beweist nicht zwingend, daß der Ausschuß für sich selbst ein eigenes Vereinsleben geführt hätte, sie kann sehr wohl nur das Mittel geboten sein, um den Ausschuß als Organ des Kartells in Wirklichkeit treten zu lassen. Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts hat sie aber nur diesen Zweck gehabt."

In dem Urteil desselben Zustand vom 17. Februar heißt es bereits: „Die Ansicht des Berufungsgerichts, daß der Arbeiter-Bildungsausschuß deswegen nur ein Verwaltungsvorstand des Gewerkschaftskartells und kein selbständiger Verein im Sinne des § 3 des Reichsvereinigungsgesetzes sei, weil er aus Wahlen des Kartells hervorgehe, unterliegt rechtlichen Bedenken. Allerdings erfordert der Begriff des Vereins im Sinne dieses Gesetzes eine Selbständigkeit, aber diese ist nicht schon dadurch ausgeschlossen, daß die Vereinsmitglieder von einem anderen Verein gewählt werden. Dieser Umstand steht einer Vereinsbildung innerhalb der getötzten nicht entgegen, denn dies vorausichtlich stets durch den freiwilligen vertragssachen Zusammenkluß mehrerer Personen. Letzterer bleibt ein freiwilliger auch dann, wenn er die nicht von allen der eingetretenen zusammengehörenden Personen abhängige Wahl zur persönlichen Durchsetzung hat, da es in dem Betrieb der Geschäftsräte steht, ob sie die Wahl an und vereinigen sich zu einem gemeinsamen Zweck, dann hängt der Vereinscharakter dieser Vereinigung davon ab, nicht nur, daß sie sich eine gewisse Organisation mittels Unterordnung unter eine Willensmacht, den Vorsitz, schaffen, sondern besonders davon, daß sie ein eigenes Vereinsleben führen. Beides ist wesentlich für die Frage der Selbständigkeit der Vereinigung und damit für den Begriff des Vereins selbst. Ob ein eigenes Vereinsleben besteht, ist im allgemeinen Tatsache. Es kommt hierbei in Betracht, ob die Mitglieder bei Befolgung des gemeinsam, wenn auch mit dem besagten Vereins, aus dessen Wahlen sie hervorgegangen, übereininstimmenden Zwecks im einzelnen nicht an bestimmte Weisungen gebunden sind, sondern die Auswahl der ihnen zweckmäßig erscheinenden Mittel und Maßregeln selbständig treffen, und auch in der Bildung ihrer eigenen Organisation, z. B. in der Verteilung der einzelnen Vereinsgegenstände und Vereinsdienster an die einzelnen Mitglieder selbständig sind. Auch die Erhebung einzelner Vereinsbeiträge zum Zwecke der Deckung von Ausgaben, das Bestehen eines eigenen Vermögens, regelmäßige Zusammenkünfte an einem bestimmten Versammlungsort, eigene Bibliothek und dergleichen können zur Feststellung führen, daß ein Verein ein selbständiger ist. jedenfalls schlägt der Umstand, daß eine Vereinigung dieselben Zwecke verfolgt als ein anderer Verein, aus dessen Wahlen sie hervorgegangen ist, ebenfalls aus, daß ersterer wiederum ein selbständiger Verein im Rechtssinn ist, wie daß eine gewisse Abhängigkeit des einen von dem anderen Verein besteht, oder daß die Mitglieder des Untervereins gleichzeitig Mitglieder des Hauptvereins sind.“

Auch der Breslauer Bildungsausschuß hat sein eigenes, selbständiges Vereinsleben geführt; er hatte seine eigene Statuten und eigene Disziplinen, er erfuhr auch keine Wei-

terung von seinen Mitgliedern. Der neue Ausschuß wird auf derselben Grundlage aufzutreten werden, für die gleiche Selbstverwaltung aber wird das Urteil des höchsten Richters in dieser Frage maßgebend sein müssen.

Der Distrikt 3

(Gläubicher Vorstadt) des Sozialdemokratischen Vereins veranstaltet diesen Sonntag in Opperau bei Niemietz ein Sommerfest. Trotz des niedrigen Eintrittspreises von nur 20 Pfennigen sind die Darbietungen reichhaltig. Im Garten findet ein Konzert statt. Im Saal können die Tanzlustigen das Tanzbein schwingen. Kinder erhalten an der Kasse Lampions gratis. Auch sonst ist für Belustigung aller Art gesorgt! (Preisschießen, Angelbude, Gierlauf, Gesellschaftsspiele usw.). Als Treffpunkt für die Teilnehmer am Vergnügen ist die Endstation der Gräbschener Elektrischen bestimmt. Der Abmarsch erfolgt von dort nachmittags 2 Uhr. Bei Regenreiter findet die Veranstaltung Sonntag, den 26. Juli, statt.

Dienst im Helm bei Sonnenbrand.

Von den Breslauer Schuhleuten wurde es während des vorjährigen Sommers darüber empfohlen, daß Ihnen laut einer Verfügung des Kommandeurs Grafenfeld gestattet würde, bei großer Hitze den Straßendienst nicht im Helm, sondern in der Dienstmütze zu tun. Dieses Jahr scheint die nötige Belebung ungünstig geworden zu sein, denn den Schuhleuten wird zugemutet, den Helm in der stärksten Sonnenglut auf dem Kopfe zu behalten. Wie sehr das auf die Dienstfreizeit der Beamten einwirkt, kann man sich lebhaft denken. Aus den Kreisen der Breslauer Schuhleute sind uns deshalb lebhafte Klagen zugegangen, denen wir uns nicht verstellen wollen, und deshalb halten wir es für angezeigt, auf diesen Uebelstand einmal öffentlich hinzuweisen. Abhilfe ist dringend not!

* Die Erteilung von Turnunterricht für 18–21jährige findet wie aus dem Inserventen 1881 festgestellt, jeden Dienstag und Freitag abends von 8–10½ Uhr durch Herrn C. Zimmer statt. Dienstag abend bei Hentschel, Frankfurterstraße und Freitag abend im Bergkeller, Kleistschaustraße. Trotz der dauernden polizeilichen Maßnahmen gegen die Unterrichtserziehung erfreuen sich diese Turnstunden eines guten Besuchs. Alle jungen Leute von 18–21 Jahren sind herzlich willkommen.

* Zoologische Gärten. Das diesjährige Doppelkonzert zum Besten der Pensions- und Unterstützungsfonds für die Angestellten des Gartens findet Montag, den 20. Juli, von 4½ Uhr nachmittags ab statt. Ausgeführt wird dasselbe von den Kapellen des Grenadierregiments Nr. 11 und des Breslauer Stadttheater-Orchesters unter Leitung des Herrn L. Maßbretters Heindel und des Herrn Kapellmeisters P. Müller. Die beiden Dirigenten haben für dieses Konzert ein gewöhnliches, reichhaltiges Programm aufgestellt. Die Aktionäre und Abonnenten werden sicher gern die Gelegenheit benutzen, beim guten Zwecke, zu dessen Gunsten in der Regel nur dieses eine Mal im Jahre von den vorbehalteten Berechtigungen, Eintreten von Ihnen zu erheben, Gebrauch gemacht wird, einen Beitrag zu zuführen. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren 10 Pf. Jeder Mehrbeitrag wird für den Pensionsfonds dankbar angenommen. Das Konzert findet bei jeder Witterung statt.

* Strafverspätung. Die Hörsäle sind wegen Umbefestigung des Bahnhofs vom 20. Juli bis 5. August für Fußgänger und Reiter gesperrt.

* Diebstähle. Am 9. Juli nachmittags ist aus einem Hofraum am Gärtnerring ein bereits getragener Jackentanz aus braunem Leder mit einem Knie von der Leine, auf der er zum Trocknen hing, entwendet worden. — In dem Mischhäuschen am Kaiser-Wilhelmring ist am 13. Juli abends einer Arbeitsschüler ihre Handtasche mit 5,50 Mark Geld gestohlen worden.

* Geslebzest. Einem Schlosser, der in der Nacht zum Dienstag sich auf eine Bank in den Anlagen an der Bohrauerstraße niedergesetzt hatte und dabei eingeschlafen war, ist die Taschenuhr nebst Ketten gestohlen worden.

* Feuer. In dem Grundstück Forckenbeckstraße 9 zeigte sich am Mittwoch kurz vor 1 Uhr mittags so starke Rauchentwicklung, daß man den Ausbruch eines Brandes vermutete und die Feuerwehr herbeilief. Diese stellte zurückgedrehten Rauch fest, und konnte sofort wieder umkehren.

* Die goldene Jugend. Mittwoch abend gegen 11 Uhr zerstörte Ede Herzog- und Matthesstraße ein Studentenbad durch groben Unfug, daß er die Vorübergehenden in grober Weise belästigte und sogar tödlich zu werden drohte. Schließlich nahm man ihm seinen Stock ab und ein Schuhmann stellte seine Person fest. Hoffentlich bekommt der gut erzogene junge Mann einen kleinen Denzettel.

* Eine kleine Nebelläuterin. Am Dienstag abend kam es auf der Steinauerstraße zwischen den Kindern und dabei eingeschlafen und es sind dabei dem Dieb für etwa 15 Mark Briefmarken, für 5 Mark Invalidenmarken, eine Taschenuhr ohne Glas und ein Taschenmesser in die Hände gefallen. — In einer Baubude zwischen Lehmdamm und Oderdamm ist in der Nacht zum 13. Juli eingebrochen worden, wobei den Dieben 10 Kaninchen (1 mit schwarzen Ohren, 1 ganz schwarz und die anderen grau) und zwei gelbe italienische Dillner in die Hände fielen.

* Bergkeller hat sich am Dienstag abend kurz vor 9 Uhr im Waschelchpark der Bürgers Theobald gewohnt, der auf der Michaelisstraße wohnt. Er wurde dort bewußtlos vorgefundene und von Sanitätsmannschaften der Feuerwehr nach dem Allerheiligenghospit geschafft. — Bei der Arbeit tödlich verunglückte in der Papierfabrik von Dittberner, Friedrich-Wilhelmstraße, der mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigte Maurer Kubitsch. Er kam dem Getriebe zu nahe, sodaß er von ihm erschlagen und so schwer verletzt wurde, daß er bald darauf starb.

* Von Gerüst abgestürzt ist heute vormittag auf dem Grundstück der "Volkswacht", Neue Grauenstraße 5/7, wo gegenwärtig Erweiterungsarbeiten der Firma Schatzky ausgeführt werden, der Arbeitsbuchsche Matz Joch, Brüggen. Der bedauernswerte junge Mann zog sich bei seinem Sturz aus der Höhe der zweiten Etage neben anderen Verletzungen einen komplizierten Unterarmbruch zu. Es heißt, Josch wäre beim Aufstieg — er mußte in der einen Hand dabei noch eine Bohrmaschine tragen — abgestürzt. Jedoch entspricht aber das Gerüst nicht den Bestimmungen der Bauaufsichtsbehörde. Hier wäre schneide Abhilfe von nötig. Der Verunglückte wurde vom Feuerwehrauto nach Anlegung eines Notverbandes in das Bergel-Danke-Krankenhaus gebracht.

Gerichtssachen.

Seit Jahren ist darüber lebhaft gestritten worden, ob die Einführung der Gerichtssachen, die vom 15. Juli bis 15. September dauern, nicht als veraltete Institution abzuschaffen sei, weil sie mit den Bedürfnissen einer modernen und schnellen Justiz unvereinbar sind. Man hat sich doch dafür entschieden, sie beizubehalten, und der Meinungswandel über die Notwendigkeit der Gerichten hat an Schärfe beträchtlich verloren, seitdem nicht ungewöhnliche Verbesserungen in der Behandlung der Gerichtssachen geschafft worden sind. Die große Menge der Strafprozesse ist nur von geringem Objekt und wird vor den Amtsgerichten verhandelt. Alle diese Sachen werden auf Antrag des Amtsgerichts ohne weiteres jetzt als Gerichtssachen erklärt, und es ergibt dann ein Urteil, sofern nicht der Verteilung widersprechende Nutznießtumme stellt. In allen übrigen Strafsachen wird bei Vorlegung eines besonderen Beschleunigungsbefehls ebenso in den Gerichten weiterverhandelt.

In allen Fällen werden in den Gerichtssachen verhandelt und entschieden alle Strafsachen, die schleunigst verhandelt werden müssen und die eine einstweilige Verfüzung erfordern. Wegen der Dringlichkeit der in Frage stehenden Rechtsstreitigkeiten werden ferner unter allen Umständen Prozesse zwischen dem Vermieter und dem Mieter wegen Leierablass, Benutzung und Räumung von Wohnungen, außerdem Streitigkeiten zwischen Tierschärferecht und Gewerbe, zwischen Arbeitgebern und Arbeitern durchgeführt. Besonders wichtig ist, daß die gesamte Menge der Wechsellagen sowie Baustufen, wenn über die Fortsetzung eines angefangenen Baues gestritten wird, von den Gerichtssachen nicht leicht verhandelt werden kann, da das Kostenentschuldungsverfahren, das Mauerverfahren (Bauaufsichtsbescheid), die Haftungsabrechnung sowie das Konkurrenzverfahren sind die Zeit ein und ohne Einfluss. Bekannt ist, daß zur Erledigung der Gerichtssachen besondere Gerichts-Abteilungen, Gerichtskammern und Gerichtssenate gebildet werden.

Beim Breslauer Amtsgericht ist während der Ferien ein Schöffensaal (Rimmer Nr. 259) ganz geschlossen worden, und beim Landgericht fingen die Ferienstrafkammern, die ein geringeres Personal erledigen brauchen. Wenn man während der Ferien die Gerichte in den nächsten Gerichten durchhandelt, wo man sonst nur schwer sein Durchkommen findet, so ist es eine gerodeau wohltätige Sache, die jetzt in den Händen der Justitia herrscht.

Ein braver Innungsmeister.

Eine der prächtigsten Ordnungsfäulen Breslaus hat gestern vor dem hiesigen Schöffengericht einen ganz gewaltigen Riß bekommen. Der Obermeister der Breslauer Schnellverbindung Ludwig Zür, Kupferschmiedestraße 9, stand am Mittwoch, des Beurteils angeklagt, vor dem hiesigen Schöffengericht. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zu Grunde:

Das Verteidigungsamt des sechsten Armeekorps hat mit dem Vorstand des hiesigen Schneidermeister-Vereins einen Vertrag abgeschlossen, daranunter, daß auch den Breslauer Innungsmästern ein Teil der Ausführung von Militärkleidung zufällt. Der Angeklagte Zür ist nun von der Innung vor mehreren Jahren damit betraut worden, die vom Schnellverband gelesene und fertige Arbeit nebst Gutaten und Rohmaterial an die in Frage kommenden Meister abzugeben und zwar so, daß nicht einer mehr bekommt, als der andere. Das Rohmaterial wurde, wie gesagt, aus der Militärverwaltung geliefert und Zür hatte die ausdrückliche Weisung erhalten, dieses Rohmaterial zum Selbstkostenpreise abzugeben und es den Meistern nicht unter Rechnung zu stellen.

Zür hat sich jedoch dadurch in unklarer Weise bereichert, daß er das Rohmaterial um etwa 15 Prozent und darüber teurer an die Innungsmäster verkaufte, wodurch ihm ein gerau beträchtlicher Verdienst zugesessen ist. Nur kommt noch hinzug, daß er ohnedies eine Aufschlaf (Verteilungsgebühr) von der Innung bezog und die war keineswegs gering bemessen. Für jede Soße belohnte er 30 Pfennige und man bedachte, daß das ausmachte, wenn Zür noch obendrein 1000 Soli zur Ausfertigung verteilt wurden. Für Röcke bekam er sogar 65 Pfennige pro Stück an Verteilungsgebühr zugestellt. Daraus erhellt zur Genüge, daß es eine ganz reiche Verteilung war, wenn Zür noch obendrein die Materialien aufschloß, wozu er nicht das mindeste Recht gehabt hat. Vor Gericht hatte der Angeklagte die Saiten, zu behaupten, er habe nicht die Verteilung gehabt, das Rohmaterial zum Selbstkostenpreise zu liefern. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, insbesondere durch Verlesen des von der Militärverwaltung mit der Schneidermeister abgeschlossenen Vertrages, daß Zür die Entschuldigung. Das Zür im Gegenteil bewußt hat, wie unrichtig es war, wenn er das Rohmaterial auf eigene Faust verteilt, gäng aus Aussage eines Zeugen gehörten Schneidermeisters her vor, der vor Zür im Jahre 1907 Obermeister gewesen ist und als solcher seinerzeit die Arbeit zu verteilen hatte. Dieser Meister sagte aus, Zür habe damals den von ihm geforderten Garnisonsaufschlag von 2 Pfennigen zu zahlen, sich geweigert (!), andererseits hat aber Zür diesem Meister im Vertrauen den Matschlag gegeben, sich den unberechtigten Zuschlag von anderen Meistern zählen zu lassen.

Einem der geschädigten Meister gegenüber hat Zür den Anschein erweckt, als müsse er 48 Pfennige für die Garnolle zahlen, während er in Wirklichkeit dafür nur 40 Pfennige zu bezahlen brauchte. Letztrig fühlten sich die von Zür bedienten Meister noch darüber geschädigt, daß er ihnen willkürlich Arbeit entzogen habe, um anderen dafür um so mehr Arbeit zu geben, wozu Zür ebenfalls kein Recht gehabt hat. Gegen 40 Meister hat Zür befürchtet, 7 haben jedoch nur Anzeige erstattet. Zweifellos sind mehr als diese Meister durch das betrügerische Gebaren Zürs geschädigt worden, wie der Amtsgericht unter anderem ausführte. Die gegen Zür beantragte Strafe von 40 Mark muß als auffallend gering bezeichnet werden, umsonst als auch das Gericht keinen Antrag fordert, die Strafe, wie dies wohl am Platze gewesen wäre, bedeutend höher zu demeisen. Die Urteilsbegründung bediente für Zür eine moralische Niederlage, durch die das niedrige Strafmaß eindringlich angewiesen wurde. Der Vorsitzende hob hervor, daß Zür das Abhängigkeitsverhältnis der Mitglieder schamlos mißbraucht habe, daß er sich in sehr niedriger Beiseite bereichert hat und das Ganze einen großen Vertrauensbruch darstelle.

Wiederum muß man sich doch wie es möglich ist, daß die Mehrzahl der Mitglieder der Schnellverbindung keinen Anlaß fand, Herrn Zür von seinem Obermeisterposten zu entfernen. Die Arbeitsbereitung liegt jetzt nicht mehr in seinen Händen. Das wäre ja auch noch schöner, wenn man diesem ehrenwerten Obermeister mit den selben Vertretungen begegnen wollte, als früher, so seine lauernden Geschäftsschläger noch nicht vor aller Welt entblößt waren. Es ist übrigens unverantwortlich, daß die Innung die Arbeitsbereitung nicht selbst beorgte. Die an Zür beigebrachte Arbeitskraft dafür einzustellen, eine

* Erklären. Am Mittwoch, nachmittags um 8 Uhr, wurde an dem Leiche im Südpark ein Herz bewußtlos aufgefunden. Sanitätsbeamten der Feuerwehr, die hier vorbeigelaufen waren, stellten fest, daß der Mann sich mit seinem Herbolzer eine Schußwunde am Schulterblatt beigebracht hatte. Der Schwerverletzte wurde mittels Krankenwagen nach dem Wenzel-Hans-Krankenhaus gebracht, verstarb dort aber einige Minuten nach seiner Einlieferung. Der Schuß mußte eine Schlagader getroffen haben, wodurch die Verblutung herbeigeführt wurde.

Die Beendigung des Kampfes bei Linde-Hofmann.

Es wurden 3007 Stimmen für Beendigung des Kampfes, 408 für die Weiterführung abgegeben. Im einzelnen stimmen mit

	Ja	Nein
Metallarbeiter	1344	289
Holzarbeiter	389	25
Fabrikarbeiter	487	43
Transportarbeiter	290	26
Maler und Lackierer	128	11
Gewerbeverein	224	13

Ein junges Mädchen verschwunden.

Das rätselhafte Verschwinden eines 15-jährigen Mädchens beschäftigt gegenwärtig die Breslauer Kriminalpolizei. Seit dem 2. Juli wird die 15 Jahre alte Verküsterin Klara Simmel von der Behörde vermisst, ohne daß bisher eine Spur von ihr gefunden werden konnte.

Sie war Verküsterin in einem Konsulengeschäft und in den letzten sechs Wochen beschäftigungslos. Am 29. Juni befand sich ein Juwelier in einem Breslauer Blatt, Offerten waren lästig bei der Expedition der Zeitung angetragen. Die G. bewarb sich und erhielt schon am 1. Juli einen zustimmenden Bescheid. Sie wurde erucht, sich am 2. Juli, abends zwischen 7 und 7½ Uhr, bei einem mit Namen bezeichneten Meter in der Breitestraße vorzustellen. Das Mädchen ging auch an diesem Abend um 6½ Uhr von dem Elternhause fort und ist seitdem spurlos verschwunden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß ein Kaufmann des angegebenen Namens tatsächlich in dem fraglichen Hause wohnt. Dieser steht aber zu der Sache in seinerzeit Beziehung und war völlig überrascht, als er hörte, daß sein Name derart missbraucht worden war. Es bleibt also nur die Annahme, daß der unbekannte Inkognito das junge Mädchen in dem betreffenden Hause abgefaßt und es wahrscheinlich unter falschen Vorstellungen entführt oder gewaltsam verschleppt hat.

Frauenstudium an der Breslauer Universität.

An der hiesigen Universität sind im laufenden Sommersemester 1913 Frauen nie immatrikuliert. Von Ihnen sind 188 deutsche Reichsangehörige, 2 sind in Österreich-Ungarn, 1 in Russland und 2 in Amerika gebürtig. Von Ihnen studieren drei Rechtswissenschaft, 29 Medizin, 4 Naturwissenschaft, 8 Philosophie im allgemeinen, 83 neue Philologie, 2 alte Philologie und Literatur, 9 Geschichte einschließlich Kulturgeschichte, 2 Geographie, 23 Mathematik, 23 Naturwissenschaften, 1 Kunstgeschichte, 4 Staatswissenschaften und Nationalökonomie.

Bezüglich des Zweedes des Studiums sei mitgeteilt, daß 9 Frauen es betreiben zu ihrer Fortbildung im allgemeinen oder auf einem speziellen Gebiete, 5 zur Ablegung der Oberlehrerinnenprüfung, 165 zur Zulassung zu akademischen Hochprüfungen, 11 zur Vorbereitung zur Doktorpromotion. Von Ihnen haben 5 das Reifezeugnis eines deutschen Gymnasiums, 10 das Reifezeugnis eines Realgymnasiums, 8 das einer Oberrealschule, 2 die Primareife eines Realgymnasiums, 74 das Lehrerinnenzeugnis, 8 das Reifezeugnis eines außerdeutschen Gymnasiums und 2 ausländische akademische Grade. Nach dem Reichtumsbekenntnis gehören 95 der evangelischen, 53 der katholischen und 41 der jüdischen Konfession an; 100 sind ledig und 3 verheiratet. Die Väter der Studierenden Frauen gehören folgenden Berufen an: 77 sind Akademiker und sind wissenschaftlich tätig, 5 sind Offiziere, 1 Künstler, 10 Pädagogen, 28 mittlere oder untere Beamte, 13 Landwirte, 4 Fabrikanten, 45 Kaufleute, 4 Handwerker, 6 Rentner. Außerdem haben 45 Frauen vom Rektor die Erlaubnis erhalten, a's Gasthörerinnen Universitätsvorlesungen zu hören. Von Ihnen sind 44 deutsche Reichsangehörige und 1 aus England. Von Ihnen studieren 1 Medizin, 1 Jahnschule, 9 Philosophie im allgemeinen, 1 Philologie, 17 neuere und 1 alte Philologie und Literatur, 5 Geschichte mit Kulturgeschichte, 1 Geographie, 2 Naturwissenschaften, 7 Kunstgeschichte. Nach der Fortbildung besitzen 2 das Reifezeugnis eines Gymnasiums, 2 das eines Realgymnasiums, 1 die Primareife eines Realgymnasiums, 31 das Lehrerinnenzeugnis, 1 das Reifezeugnis eines außerdeutschen Gymnasiums, 1 das einer höheren Töchterschule, und 6 besitzen eine sonstige Fortbildung. Dem Studium liegen 25 zur Fortbildung im allgemeinen oder auf einem speziellen Gebiete ab, 5 beabsichtigen die Oberlehrerinnenprüfung, 11 akademische Hochprüfungen abzulegen, 1 bereitet sich auf die Doktorpromotion vor. Von Ihnen sind 31 evangelisch, 9 katholisch und 6 jüdisch, 99 ledig und 6 verheiratet.

Der ehrenhafte Vorbereitung.

Das Kreisgericht der 11. Division in Breslau unter Vorsitz des Majors Grafen von Wengenstorff verurteilte den Oberarzt der Reserve Dr. med. Hermann Müller aus Tychenfurt a. O., Landwehrbezirk Wohlau, wegen Herausforderung zum Duell auf fünf Tage Festungshaft. Als Zeugen waren erschienen: Der Todesgeiger des Angeklagten, praktischer Arzt Dr. med. Herda, der Ratschläger Fabrikbesitzer Lieb und Pastor Groß, sämtlich aus Rybnikow a. O. Die Verhandlung fand auf Antrag des Vertreters der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. Rosler, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt wegen Gefährdung militärischer Interessen und dauerte zwei Stunden. Die Verkündigung der Urteilsgründe erfolgte ebenfalls geheim.

Zwei Reserveonkels und Gefährdung militärischer Interessen! Da müssen ja furchtbare Dinge vorgelegen haben. Vielleicht sind sich die Herren nicht über die Wirkung des militärischen Altheilmittels „Rizinusöl“ einig.

Eine gefährliche Aufscherunsitte

führt zu einer Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung gegen den kutscher R. von hier. Es genug kann man es in den Straßen beobachten, wie an Läufuhriweise Handwagen, Maschinen, Wagen u. dergl. angelauft werden, was an sich durch die Breslauer Straßenpolizeivorschrift verboten und mit Geldstrafe oder Haft bedroht ist. Im Mai d. J. bestrafte der Kutscher R. am hinteren Ende eines Rollwagens eine Elektromalze, auf die während des Fahrens ein kleiner Junge stieg. Das letztere rutschte kam dabei mit den Füßen zwischen die Rolle und das Strafenplastier. Die Verletzungen an den Beinen, die der Kleine dabei erlitten, waren zum Glück nicht allzu schlimmer Natur. Gegen den Kutscher wurde nunmehr ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung in Verbindung mit einer Übertretung der erwähnten Polizeivorschrift eingeleitet, das jetzt mit der Verurteilung zu 20 Mark Geldstrafe endete. Wäre der Knabe infolge der erlittenen Quetschungen zu Tode gekommen — und das hätte leicht passieren können — so wären es 15 Monate Gefängnis für den Kutscher, wegen fahrlässiger Tötung, die unausbleibliche Folge gewesen. Darauf machte der Vorsitzende den Angeklagten bei Verkündung des Urteils aufmerksam. Es wäre sehr unkenntlich, wenn alle Kutscher mit der eingangs erwähnten Unfallsfälle gar nicht vorkommen.

Neueste Nachrichten.

Annahme der Friedensvorschläge.

Die heute tagenden Versammlungen der Abgeordneten nahmen die Friedensvorschläge der Einigungs-Kommission mit überwältigender Mehrheit an.

General Voß.

Berlin, 16. Juli. Nach der neuesten Ausgabe des Militärwochenblattes ist der frühere Generalmajor in Mecklenburg Voß, der, wie erst kürzlich mitgeteilt, zu den Offizieren der Armee mit Anweisung seines Wohnsitzes in Südbremen verfehlt worden war, nunmehr zum Kommandeur der IV. Infanterie-Brigade in Königsberg ernannt worden. Diese neue Verleihung dürfte im Zusammenhang mit den viel erörterten tragischen Vorfällen in Mecklenburg, die mit dem Selbstmord der beiden Brüder des Generals endete, erheblich ausschlagen.

Unwetterverheerungen.

Aöla, 16. Juli. Fortwährend treffen hier Melbungen über große Verheerungen ein, die ein Unwetter besonders im Moerschen Gebiet, auf dem Hunrück und in den angrenzenden Gebieten angerichtet hat. Durch ungeheure Regenmassen schwollen kleine Bäche zu reißenden Stößen an, die Straßen überflutet und die Siege mit sich reißend, vielerorts zerstört. In dem Hunrück ist der Postverkehr unterbrochen. Mehrere Personen wurden auf freiem Felde vom Blitz erschlagen.

Bad Homburg, 16. Juli. Gestern nachmittag ging über Homburg und den Taunus ein schweres Gewitter nieder, das von einem orkanartigen Sturm begleitet war. Durch ungewöhnliche Regenmassen schwollen kleine Bäche zu reißenden Stößen an, die Straßen überflutet und die Siege mit sich reißend, vielerorts zerstört. Ein elektrischer Straßenbahnenwagen wurde durch einen Blitzstrahl getroffen, doch konnten sich sämtliche Passagiere in Sicherheit bringen.

Schließung des galizischen Landtages.

Wien, 16. Juli. Die "Wiener Zeitung" wird heute ein Kaiserliches Patent veröffentlicht, durch das der galizische Landtag aufgelöst wird und Neuwahlen für den Landtag angesetzt werden. Die Auflösung erfolgt mit Rücksicht auf das Inkrafttreten der Landtagswahlreform.

Unter Spionageverdacht verhaftet.

Wien, 16. Juli. Aus Przemysl wird gemeldet: Der aus Petersburg eingetroffene Mitarbeiter der "Nowoje Wremja", Leopoldowksi, der in verdächtiger Weise Aufzeichnungen macht und mit russophilen Gesellschaften zusammenkommt, wurde unter Spionageverdacht verhaftet.

Die starkköpfigen Rebellen.

Rom, 12. Juli. Hier eingetroffene neue Meldungen besagen: Die Versuche des neuen albanischen Ministers des Außenwesens, die Aufständischen zu direkten Verhandlungen mit dem Fürstentum zu bewegen, sind gescheitert. Die Rebellen verwelgerten auch die Verhandlungen mit der Kontrollkommission sowie die Herstellung einer telefonischen Verbindung zwischen dem Lager in Schial und dem Schloss des Fürsten.

Bombenfunde in Saragossa.

Madrid, 16. Juli. In einem Privathaus der Hospitalstraße in Saragossa hat man zwei gefährliche Sprengmaschinen gefunden. Zwei Individuen sind verhaftet worden.

Verhaftung einer polnischen Spionin.

Toulon, 16. Juli. Unter dem Verdacht der Spionage ist hier eine junge Polin, mit Namen Xenia, verhaftet worden. Die Polin war in den Kreisen der Halbwelt sehr bekannt und ist eine berühmte Schönheit. Sie lebte seit 22 Monaten in Toulon und machte sich durch verschiedene Machenschaften verdächtig. Bei einer Haussuchung stand man einen aus Deutschland stammenden Brief, in welchem eine unbekannte Personlichkeit die Polin erfuhr, ihre umgehende Pläne und Photographien aus Kap Bon zu zusehen, wo sich zahlreiche Befestigungsarbeiten befinden. Auf Grund dieses Briefes erfolgte die Verhaftung.

Entwendung wichtiger Geheimdokumente.

Marseille, 16. Juli. Trotzdem die Behörden das größte stillschweigen beobachten, wird hier bekannt, daß in Alger vor einiger Zeit eine große Anzahl militärischer Dokumente, die für die französische Nationalverteidigung von höchster Wichtigkeit sind, gestohlen wurden. Im Verlaufe der Untersuchung hat nun die Polizei in Marseille eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen.

Großer Brand in Petersburg.

Petersburg, 15. Juli. Ein im Arbeiterviertel in der Nähe des Nikolaus-Bahnhofes ausgebrochenes Feuer zerstörte 25 Häuser und machte gegen 1000 Personen obdachlos. Unter den Trümmern wurden vier Leichen gefunden. Sechs Kompanien Soldaten hielten der Feuerwehr beim Löschen des Brandes.

Bomben-Suicidattentat überfallen.

London, 16. Juli. Als der Sekretär für Schottland, Mac Lennan Wood, gestern vormittag aus der Wohnung trat, rissen ihn zwei Unhängerinnen des Frauenministeriums an und peitschten ihn. Die Frauen wurden verhaftet.

Huerta abdankt.

Mexico, 16. Juli. Huerta hat dem Kongress heute nachmittag 4 Uhr seine Abdankung unterbreitet.

Nachdem Huerta gestern den Abgeordneten seine Abdankung unterbreitet hatte, beauftragte das Ministerium des Außenwesens eine Kommission mit der Erstattung des

Alkoholfreies Spässchau,
Pomona Centrale Bone-Bone
Kaufhausstr. 44. Tel. 5841.

Alkoholfreie Getränke.

= **Bilz-Sinalco** =

Brandschutz, Brauerei, 100.
Gefüllte Flaschen, Matthäustr. 123, Witten.
Honig, Salz, Salz, 12 (Witten).
Bläuer, Wex, Dörfstraße 26.

Thomas Brause, Lindenstr. 84.

Arbeiter- u. Berufskleidung.

Bruno Gross & Co.

Großherm. Wilhelmstraße 14,
1. Etage. — Reine Farben,
Arbeiter- u. Berufskleidung
Herren-Wäsche,
Kinder-Artikel, Jungen.

Arbeiter-Berufskleidung.

M. Aschkowitz, Schelinigerstr. 13.

Herren- und Knaben-Garderobe.

Bäckereien und Konditoreien

Böker, August, Mönchstraße 5.

Böker, Paul, Promnitzstr. 49.

Freith, Carl, Odertorstraße 29.

Götz, Emil, Kreuzstraße 3/4.

Hollmann, M., Wölfersstraße 4.

Krause, Wilhelm, Bismarckstraße 35.

Krause, Emil, Reichstraße 34 (fr. Mart.).

Alth, G. M. Wien, Kaffeehausstr. 19.

Wolff, Theodor, Bismarckstraße 21 (fr. Mart.).

Watzl, Josef, Marktstraße 8.

Watzl, Paul, Friedstraße 69.

Watzl, Th., Friedrichstraße 59.

Witzl, Otto, Friedstraße 22.

Schmidt, Max, Margaretenstr. 15.

Schabel, Jos., Fried. 34.

Weiß, Wilhelm, Reichstraße 22, neu übern.

Stein, Emil, Steinauerstraße 8.

Badeanstalten.

Urheilgym.-Bad, Neue Fasse 14.

Wilhelmshöhe, Paradiesstr. 6.

Badewannen.

Hilmann, Fr., Taunusstr. 178, 5% R.

Bandagisten

Röder, Karl, Gartenstr. 34, Tel. 1014.

Rein, Joh., Sümmeldestr. 17/18.

Berufskleidung, Wäsche

Montal, J., Berufskleidungstr. 42.

Betten u. Bettfedern.

Beder, G., Fürstendammstr. 4, Tel. L, II, III.

Cohn, Max, Südermarktstr. 10.

Geschw. Kapit., Anderesenstraße 2.

Fischer, L., Kleestraße 15, II.

Betten- u. Bettfedern-Reinigung.

Elling, D., Ritterstr. 2, Ecke Gartenstr.

Bier-Brauereien, Bier-Vorleger

Blauer Adler, Südermarkt 57, Tel. G. Zahl.

Hafer-Bier, vorzügl. Küche.

Brauerei Sacrau, S. M.

Brauerei „Zum Nussbaum“

dirig. Schmidtsch. m. b. o.

Breslauer Bierverlag

Märkischestraße 16.

Eigen, B., Wittenstr. 14.

Gedächtnis., Prencer, Schanze.

Gedächtnis., Poller, Neustadt 64, W. Cunfts.

Hops & Görke Jubiläums-

Biere, Südermarkt 16, Preis.

Götz, Max, Friede-Wilhelmstr. 45.

Kern, Josef, Odertorstraße 2.

U. Löschner, H., Friede-Wilhelmstr. 96.

Pentzls Brauerei, Leipzg. 10, Preis.

Wenzel, J., Südermarktstraße 5/6.

Witzl, Paul, Süderstr. 53.

Götz, Max, Friede-Wilhelmstr. 74.

Götz, G., Friede-Wilhelmstr. 28.

Wiesner, F. W., Brauerei, Neumarkt.

Grundstückstr. 181, Vorzugsl. Süde.

Bier-Apparate, Kehlendura.

Götz, Max, Friede-Wilhelmstr. 53.

Billard-Fabriken

Keiser, Gade, Odeons-

str. 42.

Billard-Fabrik.

Götz, Max, Friede-Wilhelmstr. 59.

Bögel- und Rasparier-Anstalt

Götz, Max, Friede-Wilhelmstr. 14, Tel. 5704.

Bürsten-Fabriken

Götz, Max, Friede-Wilhelmstr. 51, gme. u. tot. Wart.

Götz, Max, Friede-Wilhelmstr. 14, gme. u. tot. Wart.

Götz, Max, Friede-Wilhelmstr. 51, gme. u. tot. Wart.

Götz, Max, Friede-Wilhelmstr. 51

Das nächste Referat betraf die Genehmigung von Krankengeld für Sonn- und Gelertage

ohne Beitragsverhinderung für diese. Der Referent, Verwaltungsdirektor Sigismund (Karlsruhe), führte hierzu aus, das Oberversicherungsamt verlangte in einer Entscheidung von den Kassen, sie sollten nur für die Wochentage Beiträge erheben, aber für 360 Tage im Jahre Leistungen anstreben. Das könnte aber mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht in Einklang gebracht werden. Leistung und Gegenleistung festzustellen, ist Sache der Satzung. Es empfiehlt sich die Berechnung der Beiträge für sieben Tage und ebenso auch die Leistungen für den gleichen Zeitraum anzusehen. Die Versicherungsbehörde lasse dies jetzt anfangen, man müsse daher Material sammeln, damit man auf Grund dessen geeignete Schritte unternehmen könne.

Die im Sinne des Referenten liegenden Leitsätze wurden angenommen. Es wurde in ihnen besonders zum Ausdruck gebracht, dass den Forderungen des Beichtstuhlsatzes des Oberversicherungsamts nicht zugestimmt werden sollte.

Eichstädt (Wettingen) tritt für eine Erweiterung der Druckscheintore für Krankenkassenleistungen ein und empfiehlt erneut, in dieser Richtung beim Reichspolitikamt vorstellig zu werden. — Die Versammlung beschließt, in diesem Sinne geeignete Schritte zu unternehmen.

Der vorliegende Landtagsabgeordneter Gräbdorf (Dresden) referierte über

gegensätzliche Krankenhilfe

und Kontrolle bei Überweisung erkrankter Mitglieder, Berechnung der Selbstkosten dabei und Regelung des Abrechnungsverfahrens. Der Referent empfiehlt von der Hebeversicherungskasse Mittelalter die weitgehenden Schranken zu machen. Die Kassen sollen dabei gegenwärtig nur die tatsächlich entstandenen Kosten bis zur gesetzlichen Höhe berechnen. Die freien Mitglieder sollen dabei im Interesse ihrer selbst wie auch in dem der Kassen den eigenen Mitgliedern völlig gleichgestellt werden.

Die Versammlung stimmt den Aussführungen zu.

Direktor Albert Höhr (Berlin) berichtet über gemeinsame Abchlässe mit Kurhäusern zur Unterbringung von Kassenmitgliedern und teilt mit, dass mit einer ganzen Reihe von Rädern solche Abchlässe zusammen der Kasse zu erheblich niedrigen Preisen abgeschlossen sind und es liege nur an den Kassen, von diesen Vorleistungen Gebrauch zu machen.

Hier (Halle a. S.) sprach über die Weiterversicherung in niedrigeren Klassen oder Wohnstufen beim Übertritt aus versicherungspflichtiger Beschäftigung in freiwillige Versicherung und spricht sich dahin aus, dass dieser Frage größere Beachtung zugewandt werden müsse als bisher.

Nachdem noch eine Reihe von Verwaltungsfragen verhandelt worden war, wird zum Ort der nächsten Tagung Hassel gewählt. — Es standen neben diesem Ort noch Düsseldorf und Hannover zur Wahl.

Gewerkschaftliches.

Blutige Arbeit der Gendarmen beim Haager Straßenbahnerstreik.

Der Haager Straßenbahnerstreik hat Dienstag abend zu einem ernsten Krawall geführt, an denen aber die Streitenden, die gerade eine geschlossene Versammlung abhielten, somit sie nicht Streikposten standen, nicht beteiligt waren. Die Krawalle wurden hervorgerufen von der Gendarmerie und der Reichspolizei aus führenden Landesbeamten, die der Bürgermeister unklugerweise herbeigezogen hatte. Während die städtische Polizei am Macht und vernünftig aufrat, protestierte die berittene Gendarmerie das mit dem Streit sympathisierende Publikum, indem sie bei der geringsten Verantstellung in rohster Weise zu hauen anfing. Zahlreiche Personen sind somit von dem Polizeihabitus verwundet worden. Dass es auch anders gegangen wäre, bewies durch die Tat unser Genossen Stadtverordneter Hohenboß, der im Automobil die Stadt durchfuhr und überall mit wenigen eindringlichen Worten die Massen dazu brachte, im Interesse der Streitenden ruhig ihres Wees zu geben und sich keine Ausschreitungen zuschulden kommen zu lassen. Das würde Bluttreten der Gendarmerie hat in der Stadt eine große Erbitterung hervorgerufen.

Nachträglich wird noch aus Haag berichtet, dass die Straßenbahndirection den Beschluss gefasst hat, keine Wagen mehr laufen zu lassen, und somit auch den späten Dienst, den sie bisher mit denjenigen deutlichen Streitbrechern, die einige Arbeitsroutine besaßen, unterstellt einzustellen. Die Streitbrecher waren also wohl nicht zu verwenden und die feindselige Haltung des Publikums tat das Uebrige. Die Streitbrecher waren angeführt von einem gewissen Ludwig Emil Knuth, der jetzt in Amsterdam eine Streitbrecheragentur betreibt, nachdem er aus Hamburg, wo er früher das saubere Handwerk ausübte, geflohen ist. Er wurde dort wegen Betriebsstörung in drei Höllen zu acht Monaten Gefängnis verurteilt und wird vom Hamburger Staatssamt streitiglich verfolgt.

Die Haager Patrizier, die sich mit diesem Herrn einließen, müssen sich wohl in großer Verlegenheit befinden haben.

Aus dem Ballon zu Tode gestürzt. Ansässig des Nationalfeinds unternahm der Luftschiffer Dutérs in Meaux (Frankreich) einen Aufstieg mit einem Freiballon und ließ den Werkführer der dortigen Gasfabrik Chéron auf dessen Erfüllung den Flug mitmachen.

Oberhalb eines Waldes hat Chéron den Lenker des Ballons, ihn landen zu lassen. Dutérs riet seinem Haugasse, die Nase einer Pappel zu ergreifen und dann hinabzugeilen. Chéron versuchte dies, stürzte jedoch aus der Kondole und war auf der Stelle tot.

Zusammenstoß zweier Flugzeuge. Aus Schwerin wird gemeldet: Auf dem Flugplatz Gorries gerieten beim Aufstieg zwei Flugzeuge aneinander.

Das Flugzeug des Fluglehrers Geigant versuchte, über die Maschine des kurz zuvor abgestoßenen Leutnants von der Lühe hinwegzukommen, wobei die Flugzeuge auseinanderstießen. — Geigant erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, während Leutnant von der Lühe ernste innere Verletzungen davontrug.

Käfigz-rossischer Sieger. Aus Wilna wird gemeldet: In der Nähe des Station Winjalon sind zwei Militärflieger abgestürzt und schwer verletzt worden.

Drei französische Ballonfahrer bei Meh verhakt. Dienstag nachmittag ging bei Mollingen im Landkreis Meh ein französischer Freiballon mit drei Insassen nieder, die für französische Offiziere gehalten wurden. Sie packten den Ballon auf ein Fuhrwerk und fuhren nach Berlingen in der Absicht, nach Nancy zurückzukehren, ohne die vorausschriebene Meldung an die Behörden erstattet zu haben. Der Gendarm von Berlingen verhaktete sie kurz vor Abschafft ihres Zuges. Die Untersuchung hat ergeben, dass es sich um drei Zivilisten aus Nancy handelt. Da nichts Verdächtiges festgestellt wurde, erlaubte man ihnen die Erlaubnis zur Rückkehr nach Nancy über Meh.

Ein Kautabak erstickt. Auf seltsame Weise blieb ein Strafgefangener im Festungsgesangnis zu Torgau sein Leben. Er hatte trocken einen Kautabak während des Nachturnens im Stift Kautabak in den Mund gesteckt. Der Unteroffizier, der dies nicht gelehrt hatte, kommandierte eine Übung, bei deren Ausführung dem Gefangenen Kautabak in die Luftröhre geriet, sodass er erstickte.

Ein Kautabak erstickt. Auf seltsame Weise blieb ein Straf-

Stadt und Provinz.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Die Ortsverwaltung Breslau hielt am Mittwoch ein Gesellschaftsbericht und Kassenbericht für das 2. Quartal 1914 erstattet. Nur dem Geschäftsbereich, den der Bevölkerungshafen handelt und Transportarbeiter sich etwas nebstehen hat, aber immer noch bei verschiedenen Gruppen Arbeitslosigkeit herrscht. Es standen in der Berichtszeit einige Verbesserungen statt, bei denen für eine Anzahl Kollegen Lohnverbesserungen erreicht werden konnten. Seit verfügte auch in seinem Bericht die Aussverteilung in den Linken Voßmann-Werke, bei der der Transportarbeiter-Verband mit einigen hundert Mann beteiligt ist. Der beispielhaft geführte Kampf habe allerdings drohende Gewalt und den Kämpfenden ungeheuren Unterdrückung vertrieben und den Kämpfenden ungewollt gewesen. Die Unternehmer werden sich hätten, noch einmal eine Aussverteilung in Szene zu setzen. Die gesamte deutsche organisierte Arbeiterchaft blickt auf diesen Kampf und freut sich der Erfolg und Solidarität der kämpfenden Brüder! Die Aussführungen fanden sehr begeistert.

Collega Überhold gab den Kassenbericht. Einschließlich des Bestandes vom 1. Quartal von 15.260 Mark betrugen die Einnahmen im 2. Quartal 89.974 M. Nach allen Ausgaben verbleibt für das 3. Quartal die Summe von 10.242 M. Die Hauptlast verursachte für die Aussverteilung im 2. Quartal 70.000 M., hierzu kommen örtliche Unterstützungen im Betrage von 7000 Mark.

Arbeitslos meldeten sich 257 Mitglieder; Stellen wurden angedeutet für fast 178, zur Aussicht 822, besetzt wurden für fast 129, zur Aussicht 317. Die Erhöhung der Beiträge laut Beschluss des Verbandstages hat die Veränderung des Ortsstatus notwendig gemacht. Der Verwaltung wurde Enthaltung erteilt. Seit forderte zu reger Mitarbeit auf.

Keine Lohnstreitigkeiten in der Brauerei Haselbach. Seit einigen Tagen wird in der Stadt und im Kreis Weiß ein Flugblatt gegen die Brauerei Haselbach verbreitet, welches den Anschein erweckt, dass genannte Brauerei mit ihren Arbeitnehmern im Streit steht. Wir bestätigen hiermit, dass Differenzen irgendwelcher Art mit der Brauerei Haselbach und ihren Arbeitnehmern nicht bestehen und verweisen im übrigen auf das heutige Amt.

Der Lohnkampf in der Niederrheinischen Textilindustrie spielt sich weiter zu. Die Lohnkommission der Wallerseit arbeiter erschien am Mittwoch vormittag bei Kommerzienrat Aveliss in Horst und fragte an, ob der Arbeitgeberverband zu weiteren Verhandlungen und Entgegennahme neuer Vorschläge bereit sei. Darauf erklärte Aveliss, dass die Arbeitgeber den Arbeitern in keiner Weise entgegenkommen könnten, sondern bis zur äußersten Grenze gegangen seien. Sollte die Lohnkommission aber trotzdem den Vorstand des Arbeitgeberverbandes zu sprechen wünschen, sei dieser selbstverständlich, wie immer bereit, die Kommission anzuhören. Daraufhin ging nachmittags folgender Bescheid von der Lohnkommission ein: Nach der Aussprache, die die Mitglieder der Lohnkommission der Wallerseit heute morgen mit Ihnen hatten, und bei der Sie erklärten, dass auf ein Einigegemessen in der Lohnfrage durchaus nicht zu rechnen sei, legte die Kommission kein Gewicht darauf, andere Fragen jezt mit den Arbeitgebern zu besprechen.

Ein Gewerkschaftsstreit vom Kreisausschuss abgelehnt und von der Regierung gestattet. In Landeshut i. Schles. erhielt das Gewerkschaftsamt vom Magistrat die Erlaubnis, einen Festzug außerhalb um die Stadt herum zu veranstalten. Dagegen protestierte das Kartell beim Kreisausschuss, der nun den Festzug ganz verbot. Auf die weitere Beschwerde beim Regierungspräsidenten in Breslau kam von dort der Bescheid, dass der Festzug innerhalb der Stadt genehmigt sei. Jedensfalls ein für Schlesien sehr seltsamer Instanzenstreit.

Deutsches Reich und Ausland.

Lohnbewegung der Bremer Staatsarbeiter. Die in kriminellen Staats- und städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter haben bei den Behörden beantragt, alle Löhne um 50 Pf. pro Tag zu erhöhen und die tägliche Arbeitszeit auf neun Stunden zu verkürzen. In der Begründung dieser Anträge wird darauf hingewiesen, dass seit der letzten Lohngesetzgebung im Jahre 1911 in der Stadt Bremen die Lebensmittelpreise für eine vierköpfige Familie von 24,08 M. pro Woche auf 26,54 M. gestiegen sind und dass die Gesamtmehrbelastung einer Familie einschließlich Miete und Steuern circa 150 M. pro Jahr beträgt. In einigen städtischen Betrieben ist die neunstündige Arbeitszeit bereits eingeführt worden. Das veranlasste die Bürgerschaft zu einem Beschluss, wonach der bremische Senat erachtet wurde, darüber zu berichten, ob nicht im Jahre 1913 für

Das Düsseldorfer Landgericht in Flammen. Das Düsseldorfer Landgerichtsgebäude brennt. Das Feuer wütet im Dachgeschoss, wo es durch Altenvorräte reichlich Nahrung findet. Die gefährliche Feuergefahr ist an der Brandstätte tätig. Man hofft, die Sitzungssäle retten zu können. Der Brand dauerte gegen 2½ Uhr nachmittags noch fort.

Der Brand in den Altenvorräten wird bei manchem, der etwas auf dem Kerbholz hat, große Genugtuung hervorrufen.

Die Hölle in Russland. In vielen Gegenden Südrusslands ist die Hölle bis auf 40 Grad Meerwasser gestiegen und wütet verderblich nicht nur auf die Vegetation und das Getreide, sondern auch auf die Haustiere, die von Hitzeschlägen zusammenbrechen und verenden. Nebenall brennen Wälder und Dornmoore. Das unangefochtene Volk macht sich von der schrecklichen Hölle allerlei übergläubliche Vorstellungen, veranstaltet Prozessionen und umlagert bestend die Kirchen statt zu löschen.

Unwetter in Bayern. Seit Sonntag gehen täglich in verschiedenen Teilen Bayerns schwere Gewitter nieder, die durch Blitzeschläge und Unwetterschäden anrichten. Eine ganze Anzahl von Personen wurden vom Blitz erschlagen. — Auch beim Baden ereigneten sich zahlreiche tödliche Unglücksfälle.

Denkmalschändung in Stuttgart. In der Nacht zum Mittwoch wurde das von Prof. Tonndorf geschaffene Schiller-Denkmal vor dem Neuen Posttheater in Stuttgart mit einer schändenden Farbigkeit übergestrichen. Der Täter ist offiziell noch nicht bekannt.

Zum Blitz erschlagen. Bei einem am Dienstag abend über Chemnitz niedergegangenen schweren Gewitter wurde die 30jährige Frau Gayler auf dem Nachhauseweg vom Blitz erschlagen. Eine erwachsene Frau erlitt schwere Brandwunden. — Eine durch Blitzschlag verursachte Feuersbrunst in Düsseldorf zerstörte das Elektrofestswerk der Thyssen'schen Gewerkschaft "Deutscher Kaiser". Das Stahlwerk ist infolgedessen ohne elektrischen Strom. 2000 Arbeiter sind arbeitslos. Der Schaden beträgt 250.000 Mark.

Ein Rathaus vom Blitz getroffen und eingeschossert. Am Montag abend in der achten Stunde entzündete sich ein schweres

alle städtischen Arbeiter der Neunstundentag eingeführt werden kann. Es muss dem Senat entgegen sein, dass wir bereits 1914 schreiben, denn die Bürgerschaft wartet noch immer auf den Bericht.

Ausspernung der Bremer Hauerarbeiter. In Bremen ist es wegen des neuen für die Hauerarbeiter gültigen Tariffs zwischen den Unternehmen und den auf Dolschiffen beschäftigten Slaven zu Differenzen gekommen. Darauf antworteten die Unternehmen mit der Ausspernung. Die Hauerarbeiter beschlossen, kein Holz in Empfang zu nehmen, das von Schiffsmannschaften oder Streikbrechern an Land gebracht wird.

Lohnbewegung der Eisenbahner des Westens von Nordamerika. Es aus Chicago gemeldet wird, dass die Vertreter von 55.000 Maschinisten und Geleitern von 98 Eisenbahnen des Westens mit den Vertretern der Arbeitgeber in Unterhandlungen getreten, um höhere Löhne und andere Reformen durchzusetzen. Ein Schiedsspruch wurde nicht angenommen. Sie erläutern, dass bereits vor Beginn der Verhandlungen 97 Prozent der Maschinisten und 93 Prozent der Geleiter für den Streik gesetzt hätten, den man jedoch durch die Verhandlungen zu verhindern hofft. Die Minen, die in Minnesota liegen, werden in Westlich von Chicago, in Canada, diejenigen westlich von Fort William außer der Grandprä-Eisenbahn.

Schlesien und Posen.

Alles wird verboten!

In Striegau in Schlesien haben die Arbeiterorganisationen seit einigen Jahren Bauterrain in Besitz, das am Weichbild der Stadt in einer rechtlich wüsten Gegend liegt. Bisher haben die Arbeiter das ausgedehnte Grundstück als Schrebergartenparzellen an die Genossen verpachtet und damit schon ein gegen früher viel günstigeres Landchausbild geschaffen. Da sich mittlerweile aber in der dicht bevölkerten Stadt Striegau ein starker Mangel an kleinen Wohnungen zeigt, beschloss der Vorstand der Genossenschaft den Bau eines Wohnhauses für kleine Wohnungen. Da die Genehmigung zum Bau — des Hochhauses wegen nicht vom Magistrat der Stadt, sondern von der Regierung in Breslau gegeben werden kann, musste das Vorprojekt dort bewilligt werden. Das ist nun aber leider nicht geschehen. Das Baugesuch ist abgelehnt worden, und zwar mit der Begründung, dass durch einen Wohnhausneubau in diesem Gelände das Landchausbild verschandelt würde. — So hilft die schlesische Verwaltung die Wohnungswirtschaft nicht beseitigen.

Münsterberg, 16. Juli. Schwerer Unwetter. Nach einer drückenden Hitze entwölften sich am Montag nachmittag in der dritten Stunde ein schweres Gewitter, das von einem sichtbaren Hagelwetter begleitet war. Der südliche Teil des Kreises, besonders die Oberschlesien Neulandmannsdorf, Borsdorf, Groß-Schlaue und Leipe haben dabei schwer gelitten. Hagelstücke in Größe einer Walnuß überschütteten eine halbe Stunde lang die Felder dieser Gegend. Die Hagelkörper lagen stellenweise 10 bis 20 Centimeter hoch. Im Neulandmannsdorf ist die Erde grösstenteils verwittert. Die Baumfrüchte liegen zerschmettert am Boden, Kartoffeln und Rüben sind dem Erdboden gleich gemacht und zähresches Wild liegt erschlagen am Boden. Der Schaden in leichten Fällen gegen Hunde ist sehr gross, da nur wenige Landleute gegen Hagel versichert sind.

Schreiberhau, 16. Juli. Erdbruch. Am Dienstag nachmittag löste sich, wie der "Bote" berichtet, oberhalb des von den Kochelhäusern aus am rechten Zackenfuß entlang nach dem Kochelstausee führenden Touristenweg eine grössere Erdbrüche vom steilen Untergrund und verschüttete den Weg ungefähr zehn Meter lang. Zwei gerade dort vorbei wandernde Damen konnten schnell zur Seite springen und kamen mit dem bloßen Schreden davon. Mit der Freileitung, die vom R. G. B. geschaffnet und viel benutzten Weg ist jogglich begonnen worden, sodass er von Donnerstag ab wieder passieren wird. Der Rutsch ist infolge des mehrjährigen Regens in den letzten Tagen verursacht worden. Durch die zugleich niedergehenden Steinblöcke und das Strauchwerk hätten Passanten gefährdet werden können.

Pickelsheim, 16. Juli. Gewitterschaden. Am Montag nachmittag gegen 2 Uhr ging ein starkes Gewitter mit Hagelsturm über die Stadt nieder. Die Felder, Weizen, Kartoffeln, Rüben und besonders Hafer in den Gemüsemarken sind total zerstört und vernichtet. In dem benachbarten Dörfchen "Oberlubie" schlug der Blitz in einen Strohhauber ein und brachte ihn nieder.

Görlitz, 16. Juli. Erschossen hat sich ein 39-jähriger Versicherungsinvestitor. Er soll in Naumburg Billard bälle entwendet haben. Aus Furcht vor Strafe griff er zur Waffe. Er hinterließ drei Kinder.

von Annaberg belegte Städtchen Geyer im Erzgebirge. Ein Blitz schlug in das Rathaus ein und zündete, sodass das Gebäude in kurzer Zeit in Flammen stand und vollständig eingeebnet wurde. Während das gesamte Mobiliar mit verbrannte, konnten die neuere Utensilien gerettet werden.

Mit geladenem Gewehr gespielt. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich auf einem Altergrüne Böden in Travemünde. Dort hatte der Obergärtner eine geladene Schrotflinte achtlos linksseitig gestellt. Ein 20-jähriger Bediensteter nahm das Gewehr und setzte, da er glaubte, es sei ungeladen, auf den 16-jährigen Sohn eines Arbeiters an, wobei er fragte, ob er ihn mal schlagen solle. Im nächsten Augenblick brach der Schuss. Die ganze Schrotladung ging dem Kind an, der nur etwa drei Meter entfernt stand, in das Gesicht. Beide Augen wurden zerstört. Von einem Travemünder Arzt wurde dem unglimmlichen Kind ein Notverband angelegt und dieses darauf dem Lübecker Krankenhaus gebracht.

Zwei russische Unternehmertöchter wegen Morbus verhaftet. In Schwerin an der Ruhr wurden vier russische Arbeiter ermordet, verhaftet. Ein sehr hoher Belohnung und siebzehn Jahre Verfolgung hatten sie sich bisher ihrer Verhaftung unter Verleugnung falscher Namen zu entziehen gewusst.

Der hereingezogene Steuerbrüderberger. Nach Hall ein alter Steuerzahler aus Brinkum bei Bremen bei seiner Verhaftung zum Wehrbeitrag. Er ging persönlich zur Steuerbehörde, um sein Vermögen zu deklarieren. Er erklärte, wie die "Bremer Nachrichten" schreiben, er habe u. a. auch ein Sparfassbuch mit 10.000 Mark Einlage. Auf Erforderung über gab er es dem Beamten auch zur Einsicht. Da er erklärte ihm dieser, er schenke in seinem Vermögen selbst nicht recht Beihilfe zu wissen, da das Sparfassbuch nicht über 10.000, sondern über 40.000 Mark lautete. Da antwortete der Biedere: "Geh, sieh' Da hat mir unsere Mutter ja das falsche Sparfassbuch mitgegeben!"

Der Mann schenkt aber eine Anzahl ähnlich geschnitten "schröner Seelen" zu haben, die etwas schlauer sind als er, wie

21. Deutscher Ortskongress.

Darmstadt, 14. Juli.

Aus der Debatte über das "Berliner Vertragabkommen" geben wir nachstehenden Bericht des lig.-Telegraph wieder:

In der Besprechung nahm als erster das Wort der zum kommissarischen Vorsitzenden der Ortskongresse Breslau ernannte Arbeitgebervertreter: Wenn die Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht so einmütig und geschlossen zusammenstehen hätten, und wenn die Regierung nicht ihre Mithilfe gewährt hätte, dann wäre das Berliner Abkommen mit seinen Abberungen und der Abwendung der übertriebenen Forderungen der Arbeiter nicht zustande gekommen. Der Redner übt an dem Verhalten des Vorstandes in Bezug auf die Zuständigkeit in der Absindung der sogenannten Rotholzerei sehr scharfe Kritik. Besonders das königliche Friedensrecht ist es nicht die optimistische Ansicht des Referenten: Es steht überall und es wird nicht lange dauern, dann wird der Kampf wieder losgehen. Zu den Schiedsgerichten habe ich überhaupt jedes Vertrauen verloren. Den Berliner Vertrag kann man im übrigen nach drei bis vier Seiten klar auslegen.

Der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Fräsdorf, vertheidigt sich gegen die gegen ihn gerichteten Angriffe, daß er eine andere Haltung beim Friedensabkommen eingenommen habe als vorher in Breslau und Köln. Von ihm als Vorsitzenden wäre es falsch gewesen, sich in eine Richtung zu vertreten; er glaubt, tatsächlich richtig gehandelt zu haben. Das Verhalten des Leipziger Verbandes kann ich nicht billigen. Eine große Anzahl von ihm angeschlossenen Arbeiter haben sich aus unläuterter Motiven zur Übernahme der örtlichen Tätigkeit bereit erklärt. Man muß an die Billigkeit dieser Herren appellieren, daß sie die Absindung nicht ungern verlangen. Die Schiedsgerichte in ihrer heutigen Zusammensetzung halte auch ich nicht für glücklich. Ich selbst habe Erfahrungen mit ihnen in Halle gemacht. Ich hoffe, daß die Vorsitzenden der Oberverwaltung sämtlich sich ihren Pflichten bewußt seien und im Sinne des Erlasses des preußischen Ministers handeln werden, und daß innerhalb des Berliner Abkommens wieder gesunde Verhältnisse eintreten werden, unter denen die Arbeiter ihr Recht und die Krankenkassen wieder ihre Existenz haben werden. (Beifall).

Holländer - Leipzig äußert sich eingehend über die Kolonialverteidigung. Da noch mehrere Redner zum Wort gemeldet waren, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Hoch-Karlsruhe: Die Resolution ist für uns unannehmbar. Wir protestieren gegen den Schluß der Debatte, ehe wir nicht zu Wort gekommen sind.

Böd - Frankfurt a. M.: Die Frage ist so wichtig, daß ich beantrage, die Verhandlung auf morgen zu verschieben. — Wegen den Viderpruch des Vorsitzenden Fräsdorf beschließt die Versammlung mit großer Mehrheit, die Besprechung auf morgen zu verschieben.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. Anschließend daran traten auf Einladung von Kommerzienrat Simon - Berlin die Arbeitgebervertreter zu einer Sonderkonferenz zusammen.

Darmstadt, den 15. Juli 1914.

Ja der heutigen Schlusssitzung wurde zunächst die

Neuwahl des Vorstandes

borgenommen. Die vom Vorstande befürwortete Wahl von Simonowksi - Berlin als Vertreter des Verbandes Brandenburg wurde mit überwiegender Mehrheit abgelehnt und an dessen Stelle der von bürgerlicher Seite empfohlene Vertreter für den elsass-lothringischen Verband Légering - Straßburg gewählt. Als Ersatz für den nächsten Verbandstag sind in Aussicht genommen Kassel, Düsseldorf, Gotha, Hannover.

Hieraus wurde in die gestern vertagte Besprechung über das

Berliner Vertragabkommen

eingetreten. Der stellvertretende Vorsitzende, Buchdruckereibesitzer Scholz, richtet bei Beginn der Debatte an die Versammlung die Mahnung, die Besprechung auf ein möglichst knappes Maß zu beschränken. Der Vorstand begreift ja, daß ein Teil der Kassenmitglieder über das, was geworden ist, und das, was noch vorhanden ist, das Bedürfnis der Ausprache hat. Der Stoff ist aber so groß, daß man nicht auf Einzelheiten eingehen kann. In dem Abkommen ist ja auch die Zelle bezeichnet, an die Bezeichnungen anzutreffen sind. Die Versammlung hat über die Einzelheiten des Abkommens nicht zu entscheiden, sondern nur, ob das, was geschehen ist, anzunehmen oder ab-

zulehnen ist, aber nicht, ob das, was in Breslau, Württemberg, Baden vorgekommen ist, richtig ist oder nicht. In den Einzelheiten ist nichts mehr zu ändern, und wenn etwas nicht zu ändern ist, muß man sich darin finden. (Zustimmung.)

Dann nimmt Hoch-Karlsruhe als Vertreter der süddeutschen Opposition das Wort: In ganz Deutschland würde es Verwunderung erregen, wenn nach den gestrigen Aussführungen des Referenten und Fräsdorfs nicht auch Vertreter Süddeutschlands, insbesondere Badens, über die dort bestehenden Verträge zu Wort kämen. Der Referent hat gestern gefragt, daß die Vermeidung des großen Kampfes eine soziale Tat war. Dann muß man aber fragen, ob es nicht auch eine soziale Tat war, was die Vertreter der süddeutschen Krankenkassen und auch die Arbeiter leistete; daß, ehe es noch zum Sturm kam, sie in Verhandlungen eingetreten. In Süddeutschland sind die Verhältnisse doch ganz andere. Wir haben den Weg, den der Vorstand während der beiden kampfneutralen November und Dezember täglich in Kielholzen vorbereitet, betreten und sind mit den Arbeitervereinigungen in Verhandlungen eingetreten. Wir waren daher enttäuscht, als der Vorstand uns im Unteren über seine Verhandlungen lachend und, nachdem die Einigung in Baden erzielt war, unter dem Namen der badischen Vorstandsmitglieder die Verhandlungen aufsässerte, unserer sogenannten Mantelabkommen nicht folge zu leisten. Wir verlangen, daß auch die Interessen der Süddeutschen berücksichtigt werden. Wenn man glaubt, daß wir Süddeutschen eine Unnatur begangen haben (Lebhafte Zustimmung). So nehmen wir doch nicht die Allgemeinheit dafür in Anspruch, sondern wir bezahlen unsere Unnatur selbst. Man darf von uns aber auch nicht verlangen, daß wir die Unnatur anderer bezahlen sollen. Wir müssen berücksichtigen, daß uns die Arbeiter in Süddeutschland Entgegenkommen gezeigt haben. Sie können nicht verlangen, daß wir von der großen sozialen Tat nun ausgeschlossen werden. Wir wünschen daher, daß in der Resolution verlangt wird, daß die Sonderabkommen, die die Süddeutschen mit den Arbeiter getroffen haben, aufgegeben werden und daß auch für diese das Berliner Abkommen maßgebend ist. Ohne diesen Zusatz werden wir nicht unsere Organisation föhlen, sondern wir werden es nicht bekommen. (Wiederpruch.) Wir sind in Baden mit dem Mantelvertrag ganz gut ausgekommen. (Beifall und Zustimmung.)

Selbstvertretender Vorsitzender, Buchdruckereibesitzer Scholz, macht darauf aufmerksam, daß diese Aenderung in der Resolution bereits gestellt durch einen Auftrag berücksichtigt worden sei. Der letzte Satz der Resolution lautet jetzt: „daß soll auch zwischen in den süddeutschen Staaten, in welchen besondere Abkommen bestehen, wenn die dort tätigen Kassenärztliche gleichzeitig auf den Boden des Abkommens stellen und sich an der Ausbringung der Mittel, wie im Berliner Abkommen vorzusehen, beteiligen.“

Höf - Lehe: Troß des Berliner Abkommens besteht bei mir ein Arztkontroll seit April und wir arbeiten mit dem § 370. Troß des Berliner Abkommens ist der § 370, wenn man ihn geschildert anzunehmen versteht, eine durchbare Waffe gegen die Arbeiter. (Zuruf vom Vorstandesmitglied: Das ist kein Fehler!) Wie dürfen den Herren, die uns geholfen haben, doch Treu und Glauben nicht zuhören, acht Jahren. Die Herren haben zehnjährige Verträge zu je 10.000 M., das kostet nach Adam Riese 100.000 Mark. Da können sie doch eine angemessene Absindung verlangen. Der Leipziger Verband tut aber alles, um die Verhandlungen mit ihnen einzugehen und ihnen das Leben sauer zu machen. Wir müssen uns doch klar sein, daß diesen Herren später durch den Leipziger Verband jede Erhöhungsmöglichkeit unterdrückt werden wird. (Sehr wahr!) Da wir die Taktik des Leipziger Verbands genugend kennen, dürfen wir uns nicht auf den rein kassenärztlichen Standpunkt stellen. Man hat in den Blättern, die dem Leipziger Verband nahestehen, in der unerhörttesten Weise diese Leute beschimpft, von einem Feindschaftshaus gesprochen. Auch gestern hat Dr. Baum indirekt diese Herren als Streitbreiter bezeichnet. Wie haben aus der Unterführung dieser Herren Rücken gezogen und dürfen sie doch jetzt nicht beschimpfen. Wir haben eine andere Auffassung von der Tätigkeit dieser Herren. Dann könnte man auch Herrn August Schröder als Streitbreiter bezeichnen, wenn er dem Höfendorf nicht direkt nicht künftig nicht künftig. (Zurufe.) Nach den Erfahrungen, die wir an verschiedenen Orten gemacht haben, können wir sagen,

sich der Christenlehre verpflichtet ist, die eigentliche Hauptrolle spielt, beschäftigte das Landgericht Memmingen, vor dem der Pfarrer Johann Dietz von Amberg wegen zweier Verbrechen gegen die Sittlichkeit zu verantworten hatte. Der Angeklagte soll in den Jahren 1907 bzw. 1908 an der damals noch nicht 17 Jahre alten, körperlich aber sehr entwilden Schülerin Josefa Brücke unzügliche Handlungen begangen haben. Die Brücke war damals zwar schon aus der Fortbildungsschule entlassen, aber sie wäre nach einer alten aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts stammenden bischöflichen Verordnung noch immer zum Besuch der Christenlehre verpflichtet gewesen. Die Frage war, für den vorliegenden Fall deshalb von Bedeutung, weil es sich darum handelte, ob der Geistliche seine Verschuldungen an einer Schülerin in berücksichtigen sollte oder an einer der Schule bereits entwachsenen weiblichen Person. Pfarrer Dietz vertrat entschieden den Standpunkt, daß es sich nicht um eine Schülerin handle, denn eine Kontrolle bezüglich des Besuchs der Christenlehre durch jugendliche über 16 Jahre alte Personen sei einfach gar nicht möglich. Der als Sachverständiger vernommene Weihbischof Dr. Göbl von Augsburg bezeichnetet die erwähnte bischöfliche Verordnung gleichfalls für veraltet, und meinte, ein Zwang auf die jugendlichen Leute könne nicht gut ausgeübt werden, es bestünde aber immerhin die moralische Verpflichtung zum Besuch. Auf alle Fälle aber seien die Unterrichtsstunden in der Christenlehre als wöchentlicher Unterricht und demgemäß die Besucher auch als Schüler einzusehen. Die Brücke ist anfangs d. J. nach Amerika ausgewandert und hat ihre Aussagen vor einem dortigen deutschen Konsul bezeichnet; sie erklärt ausdrücklich, daß der Angeklagte infolge ihres Streubens sofort wieder von ihr abgelassen habe. Wehrte als Zeugen vernehmen Geistliche stellten dem Angeklagten das beste Zeugnis aus, während eine Reihe von wissenschaftlichen Personen, die als Zeugen vernommen wurden, sich nicht gerade günstig für den Angeklagten äußerten. Der Verteidiger, Justizrat Gänzler-München, führte aus, daß nicht nachgewiesen worden sei, daß der Angeklagte im Moment der Tat sich des Umstandes bewußt gewesen sei, daß er als Lehrer der Vorgesetzten des Mädchens sei. Das Gericht erkannte den Angeklagten aber zweiter Verbrechen wider die Sittlichkeit für schuldig und urteilte ihn zu sechs Monaten fünfzehn Tagen Gefängnis.

Vor der Abrechnung der bürgerlichen Ehrentrechte, sowie einer sofortigen Verhaftung wurde abgesessen. (1) Vieles bleibt dieser Schweinepriester noch wie vor in Aue und Würden.

Eine interessante Verhandlung, in welcher die am sich sehr trübe Frage, ob ein 18jähriger junger Mensch noch zur Be-

dah in dem Leipziger Verband vielleicht ebenso viel Nachricht ist wie bei den Rotholzern. (Unruhe und Unterbrechungen.) So genannte Rotholzer, die später mit dem Leipziger Verband ihren Frieden gemacht haben, hat er als moralisch durchaus honig und in wissenschaftlicher Beziehung als vollkommen einwandfrei bezeichnet, während er sie vorher als Elschamm der Menschheit dingestellt hatte. (Sehr wahr! und Zustimme!)

Der Vorsitzende Scholz - Berlin erhebt entschieden Protest dagegen, daß hier gesagt wurde, in dem Leipziger Verband sei Recht vorhanden. (Sehr richtig! und lärmende Unterbrechungen!) Es geht nicht an, daß wir uns in Normen bewegen, die unserer nicht würdig sind. (Zuruf: Lassen Sie das doch den Leipziger Verband selbst besorgen!)

Scholz - Breslau: Ich protestiere, daß der Vorstand so ähnlich jedes Ausdrücke wagt und verbündet, daß auch einmal ein unparlamentarisches Wort der Begegnung gepaarter angewendet wird. Wir müssen uns doch erinnern, was uns von den Arzten im Kampf gegen uns alles vorgeworfen worden ist. (Sehr richtig!) Da darf man sich nicht wundern, daß auch hier einmal ein scharfes Wort fällt. Uns Breslauer hat man als unverständig, düstropig und starssig bezeichnet. Sollen wir uns da nicht auch einmal eine Begegnung erlauben? (Zurufe.) Wir müssen uns selbst beladen über die ungenügende Wissenschaft und Leistung von Seiten des Vorstandes. Fräsdorf hatte in dem Kampf die Leistung verloren. Wir in Breslau können uns auch nicht damit einverstanden erklären, daß die Rotholzer jetzt mit einem Druck, den Stuhl vor die Tür gelegt bekommen. Die Herren, die wir früher gebraucht haben, müssen wir doch anständig behandeln. (Sehr wahr!) Wer die Taktik des Leipziger Verbandes kennt, wird sicher, solche Abkommen abzuschließen, zu denen uns gestern Pöllendorf aus Leipzig überredet wollte. Damit würden die Krankenkassen auf Gnade und Ungnade dem Leipziger Verband ausgeliefert werden. Man muss gegenüber solchen Ausführungen sagen: Lieber Gott, bewahre uns vor solchen Freuden wie Herr Pöllendorf! (Heiterkeit und Unruhe.) Von unseren Freunden sind wir im Kampf im Stich gelassen worden. Es wird gar nicht lange dauern, dann haben wir den Krieg wieder. Den verdeckten Angriffen des Leipziger Verbandes gegenüber müssen wir stets vorbereitet sein. Eine verständige Abschaffung wird nicht auf den zehnjährigen Friedensvertrag hauen. (Zurufe und Widersprüche.)

Vors. Landtagabg. Fräsdorf - Dresden: Das Berliner Abkommen ist und wir werden es nicht los. Es ist auch gut, daß wir es haben. (Zustimmung.) Die Schwierigkeiten wären ohne das Abkommen an vielen Orten noch viel größer. Beweis wollen wir auch den § 370, wenn es notwendig anwenden. Den Freunden in Lehe müssen wir raten, alles allgemein festzulegen, damit wir daraus gegebenfalls lernen können. Es ist hier gefordert werden, daß Rotholzer möglichst hoch absindend und dafür zu sorgen, daß der Leipziger ihre Forderungen nicht allzu sehr herunterdrücke. Bei dieser Art der Vertretung der Kasseninteressen ist es mir fast über den Rücken gelaufen. (Sehr wahr!) Wir wollen auch eine Taktik anstrengen, die Absindung, aber die Forderungen, die die Arbeiter in Breslau, Düsseldorf und an anderen Orten erheben müssen wir gern ablehnen. Wie sind doch die, die das Geld aufzubringen haben. Wenn 120.000 und 150.000 Mark verlangt werden, dann müssen wir doch auch an die Kasseninteressen denken. Dort, wo die Herren unbillige Forderungen stellen, werden wir nachprüfen müssen, ob überhaupt etwas von uns zu bezahlen ist; wie diesen dem Leipziger Verband daher nicht in den Arm fallen, wenn er durch seine Nachfragen läßt, wieviel die Verträge überhaupt zu rechtfeststellen. Wie dürfen doch aber, nachdem das Abkommen einmal geschlossen ist, nicht denselben Fehler machen, der früher von anderer Seite gemacht worden ist. Der Redner wendet sich dann gegen die ihm von Hoch-Karlsruhe gemachten Vorwürfe und erklärt, daß er heute wiederum dasselbe tun und die Kassen aufrufen würde, dem Sonderabkommen des badischen Vorstandes nicht zu folgen, da die in dem Sonderabkommen getroffenen Vereinbarungen zu günstig seien. (Vorwahl) Ich habe eine Vereinbarung getroffen, die ungünstiger sei, als die vieler anderer Orte. Wenn die Breslauer das wüssten, dann würden sie vielleicht auch anders reden. Der Redner schließt: Machen Sie uns keine Schwierigkeiten, wir werden durch das Abkommen zum Frieden kommen. (Lebhafte Beifall.)

Pöllendorf - Leipzig wendet sich in scharfen Ausdrücken, die Scholz - Breslau gegen ihn gerichtet hat. Herr Scholz hat bewiesen, daß er zu den Leuten gehört, deren Urteil durch keinerlei Sachverständis gerichtet ist. (Großer Lärm.)

Das Berliner Abkommen wird sodann gegen 2 Stimmen angenommen einschließlich des Zusatzantrages. Der badische Gegenantrag ist damit erledigt.

Mit Mann und Maus untergegangen.

Im Tanafjord, an der Westküste Norwegens, ist das Petersburger Handels Schiff „Joann Bogoslow“ mit dem Besitzer des Schiffes, seiner Frau und der ganzen Mannschaft untergegangen.

Auf der Suche nach dem Massenmörder.

Der Mörder Simone Bianetti, der sieben Personen in dem Dorfe San Giovanni bei Bergamo erschoss, ist immer noch nicht festgenommen worden. Er hält sich in den Bergen verborgen. Am Mittwoch morgen gab er auf zwei Karabinieri, die ihn verfolgten, mehrere Schüsse ab, die aber ihr Ziel verfehlten. Der Mörder verzehrte wieder in den Bergen und konnte nicht mehr aufgefunden werden. — Neben die Ursache des entsetzlichen Verbrechens fürteten die verschiedensten Gerichte. Im allgemeinen stand Bianetti schon lange in einem sehr schlechten Ruf, und man erzählte sich, daß er vor einigen Jahren in sinnloser Wut gegen den eigenen Vater ein Attentat verübt hat, weil sich dieser weigerte, seinem verkommenen Sohn 20.000 Lire zu geben. So viel steht jedenfalls fest, daß Bianetti selbstständig verachtet war, wechselseitig man zu der Annahme neigt, daß er die Morde verübt, seine alten Gläubiger, die ihn festig bedrängten, aus der Welt zu schaffen. Die Nichtigkeit der Behauptung, daß er die Tat in einem Anfall von Wahnsinn verübt habe, wird von vielen Leuten, die ihn genau kannten, entschieden bestritten. In der Suche nach dem Verbrecher beteiligen sich jetzt etwa 100 Personen, unter ihnen befindet sich auch ein Vertreter der Staatsanwaltschaft von Bergamo. Falls es nötig sein sollte, wird sogar das Militär von Bergamo aufgeboten werden, um den Verbrecher, vor dem die ganze Gegend zittert, endlich unschädlich zu machen.

Nicke - Telefunkenstation Nauen. Die Telefunkenstation Nauen bei Berlin wird in den nächsten Monaten von der Reichspost übernommen und dann auch dem öffentlichen Verkehr zugänglich gemacht werden. In der bisherigen Versuchstation Nauen wurden sämtliche Forschritte und Neuerungen der Funkentelegraphie ausprobiert. Die Station hat in den letzten Monaten bereits einen ziemlich regelmäßigen internen Dienst mit der deutschen Kolonie Togo in Westafrika und Sayville bei New York unterhalten. Auf der Station befindet sich ein Turm von 250 m Höhe sowie 5 Türme von je 120 m Höhe; ferner sind vorhanden 2 Sender von je 250 Kilowatt Primär-Energie und ein Telephonfunk für Reichweiten von mehr als 500 Kilometer. Der Aktionsradius der Nauener Station erstreckt sich über mehrere Tausend Kilometer.